

Insolvenzen Neugründungen Löschungen

■ I. Halbjahr 2009

Eine Untersuchung
der Creditreform
Wirtschaftsforschung


Creditreform

INHALT

SEITE

1	Insolvenzen	1
1.1	Die Insolvenzzahlen in Deutschland im ersten Halbjahr 2009	1
1.2	Verluste und Schäden durch Insolvenzen	4
1.3	Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste	7
1.4	Insolvenzen in den Wirtschaftsbereichen	9
1.5	Insolvenzen nach Rechtsform	12
1.6	Insolvenzen nach Unternehmensgröße und Alter	13
1.7	Insolvenzen und Finanzierungsstruktur	16
1.8	Große Firmeninsolvenzen	21
1.9	Insolvenzen in der Autozuliefererindustrie	24
1.10	Exkurs: Insolvenzplan und Änderungen am Insolvenzrecht	28
2	Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen	32
2.1	Gründungsbilanz	32
2.2	Neugründungen nach Bundesländern	35
2.3	Neueintragungen in den Wirtschaftsbereichen	38
2.3.1	Beschäftigungsbeitrag von Neugründungen	39
2.3.2	Das branchenspezifische Gründungsklima	41
3	Zusammenfassung	44
4	Anhang: Branchenspezifisches Gründungsklima	48

■ **1 Insolvenzen**
1.1 Die Insolvenzzahlen in Deutschland
im ersten Halbjahr 2009

Mit der relativen Ruhe an der Insolvenzfront ist es vorbei – die Stabilität der Unternehmen wird immer stärker in Mitleidenschaft gezogen. Vor allem große Firmen fallen dem Pleitegeier in die Fänge. Arcandor, Qimonda, Woolworth, Schiesser, Märklin. Die schwere Wirtschaftskrise zieht immer mehr deutschen Unternehmen den Boden unter den Füßen weg. Allein in den ersten sechs Monaten des Jahres mussten 16.650 Firmen einen Insolvenzantrag stellen. Das entspricht einem Zuwachs um gut 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr (1. Halbjahr: 2008: 14.570 Fälle). Finanzierungs- und Liquiditätsengpässe gepaart mit einer sehr schlechten Auftragslage dürften die Insolvenzspirale auch in den kommenden Monaten weiter in Bewegung halten.

Großinsolvenzen
bestimmen das Bild

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland

■	Gesamtinsolvenzen	Unternehmensinsolvenzen	Verbraucherinsolvenzen **)	sonstige Insolvenzen **)
1999	33.870 - 0,3%	26.620 - 4,3%	2.450 -	4.800 -
2000	41.780 + 23,4%	27.930 + 4,9%	10.360 + 322,9%	3.490 - 27,3%
2001	49.510 + 18,5%	32.390 + 16,0%	13.490 + 30,2%	3.630 + 4,0%
2002	84.330 + 70,3%	37.620 + 16,1%	21.520 + 59,2%	25.190 + 593,9%
2003	100.350 + 19,0%	39.470 + 4,9%	33.510 + 55,7%	27.370 + 8,7%
2004	118.260 + 17,8%	39.270 - 0,5%	49.100 + 46,5%	29.890 + 9,2%
2005	136.570 + 15,5%	36.850 - 6,2%	68.900 + 40,3%	30.820 + 3,1%
2006	161.320 + 18,1%	34.040 - 7,6%	96.500 + 40,1%	30.780 - 0,1%
2007	164.750 + 2,1%	29.150 - 14,4%	105.300 + 9,1%	30.300 - 1,6%
2008 Hj.	77.190 - 6,9%	14.570 - 4,0%	48.420 - 7,1%	14.200 - 9,0%
2008	155.910 - 5,4%	29.580 + 1,5%	98.450 - 6,5%	27.880 - 8,0%
2009 Hj. *)	81.850 + 6,0%	16.650 + 14,3%	50.350 + 4,0%	14.850 + 4,6%

*) von Creditreform geschätzt

***) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzen steigt. 50.350 Personen suchten im ersten Halbjahr 2009 die Insolvenzgerichte auf, um sich ihrer Schulden zu entledigen – vier Prozent mehr als im Vorjahr. Zum Vergleich: In den ersten sechs Monaten des Jahres 2008

waren 48.420 Privatinsolvenzen gezählt worden. Damit ist bereits jetzt abzusehen, dass es im Gesamtjahr 2009 einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr geben wird.

Die Wirtschaftskrise dürfte vor allem in der zweiten Jahreshälfte auf den deutschen Arbeitsmarkt durchschlagen und mehr Menschen in Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit drängen. Falls die Konjunktur bis zum Herbst nicht anspringt, ist eine Entlassungswelle zu befürchten. Die negativen Rückwirkungen steigender Arbeitslosigkeit auf die Überschuldungs- und Privatinsolvenzsituation in Deutschland sind offensichtlich.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes standen überschuldete Personen Ende 2007 mit insgesamt gut 250 Mrd. Euro in der Kreide. In dieser Summe sind auch Hypothekenkredite für die Immobilienfinanzierung und Verbindlichkeiten aus der Selbstständigkeit enthalten. Durch Arbeitslosigkeit, Scheidung oder Schicksalsschläge drohen viele Betroffene unter ihrem Schuldenberg erdrückt zu werden und rutschen in die Privatinsolvenz. Im vergangenen Jahr meldeten 98.450 Verbraucher den Gerichten ihr wirtschaftliches Ende und strebten die Restschuldbefreiung an. Das entsprach damals noch einem Rückgang um 6,5 Prozent im Vergleich zum Jahr 2007. Die diesjährige Zahl dürfte deutlich darüber liegen, zumal etliche Alt-Verfahren erst jetzt in die Eröffnung gehen – mit der Wirtschaftskrise also gar nichts zu tun haben.

Insgesamt beläuft sich die Zahl der Insolvenzen im ersten Halbjahr 2009 auf 81.850 Fälle. Das entspricht einem Anstieg um sechs Prozent im Vergleich zum Vorjahr (77.190 Fälle). Der Trend bei den sonstigen Insolvenzen, die sich zusammensetzen aus den Insolvenzen ehemals selbstständig Tätiger, natürlicher Personen als Gesellschafter und Nachlässen, verstärkte sich im Laufe der zurückliegenden Monate ebenfalls: Im ersten Halbjahr 2009 stiegen diese Konkurse um 4,6 Prozent auf 14.850 Fälle. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres wurden 14.200 sonstige Insolvenzen gezählt.

**Gerichte registrierten
insgesamt 81.850 Fälle**

Tab. 2: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	25.110	- 0,2%	19.050	- 4,2%	2.030	-	4.030	-
2000	29.590	+ 17,8%	18.120	- 4,9%	8.990	+ 342,9%	2.480	- 38,5%
2001	36.010	+ 21,7%	21.750	+ 20,0%	11.150	+ 24,0%	3.110	+ 25,4%
2002	62.940	+ 74,8%	26.550	+ 22,1%	18.240	+ 63,6%	18.150	+ 483,6%
2003	76.520	+ 21,6%	29.650	+ 11,7%	27.740	+ 52,1%	19.130	+ 5,4%
2004	90.680	+ 18,5%	30.080	+ 1,5%	41.820	+ 50,8%	18.780	- 1,8%
2005	103.640	+ 14,3%	28.020	- 6,8%	53.810	+ 28,7%	21.810	+ 16,1%
2006	122.480	+ 18,2%	26.890	- 4,0%	72.290	+ 34,3%	23.300	+ 6,8%
2007	125.100	+ 2,1%	23.250	- 13,5%	80.010	+ 10,7%	21.840	- 6,3%
2008 Hj.	59.440	- 4,2%	11.590	- 0,6%	37.670	- 3,6%	10.180	- 9,8%
2008	121.420	- 2,9%	23.690	+ 1,9%	77.310	- 3,4%	20.420	- 6,5%
2009 Hj. *)	63.110	+ 6,2%	13.070	+ 12,8%	39.100	+ 3,8%	10.940	+ 7,5%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

In Ostdeutschland nahm die Zahl der Unternehmensinsolvenzen stärker zu als in Westdeutschland. Während die Pleiten zwischen Rostock und Dresden um ein Fünftel auf 3.580 Fälle stiegen (Vorjahr: 2.980), legten die Insolvenzen im Westen lediglich um 12,8 Prozent auf 13.070 betroffene Unternehmen (Vorjahr: 11.590) zu. Ein wichtiger Grund hierfür: Die Unternehmen im Osten Deutschlands weisen eine schlechtere Kapitalstruktur mit knapperen Eigenkapitalquoten auf. Im gegenwärtigen kritischen Konjunktur- und Finanzierungsumfeld sind sie in ihrer Stabilität daher eher bedroht.

Rückgang der Insolvenzen im Osten ausgeprägter

Auch bei den Verbraucherinsolvenzen zeigen die neuen Bundesländer einen überdurchschnittlichen Zuwachs: So stiegen die Insolvenzen von Privatpersonen im Osten um 4,7 Prozent auf 11.250 Fälle (1. Halbjahr 2008: 10.750), während im Westen ein etwas geringerer Anstieg um 3,8 Prozent auf 39.100 (1. Halbjahr 2008: 37.670) Fälle zu konstatieren ist.

Tab. 3: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	8.760	- 0,6%	7.570	- 4,7%	420	-	770	-
2000	12.190	+ 39,2%	9.810	+ 29,6%	1.370	+ 226,2%	1.010	+ 31,2%
2001	13.500	+ 10,7%	10.640	+ 8,5%	2.340	+ 70,8%	520	- 48,5%
2002	21.390	+ 58,4%	11.070	+ 4,0%	3.280	+ 40,2%	7.040	+ 1253,8%
2003	23.830	+ 11,4%	9.820	- 11,3%	5.770	+ 75,9%	8.240	+ 17,0%
2004	27.580	+ 15,7%	9.190	- 6,4%	7.280	+ 26,2%	11.110	+ 34,8%
2005	32.930	+ 19,4%	8.830	- 3,9%	15.090	+ 107,3%	9.010	- 18,9%
2006	38.840	+ 17,9%	7.150	- 19,0%	24.210	+ 60,4%	7.480	- 17,0%
2007	39.650	+ 2,1%	5.900	- 17,5%	25.290	+ 4,5%	8.460	+ 13,1%
2008 Hj.	17.750	- 15,0%	2.980	- 15,3%	10.750	- 17,6%	4.020	- 6,9%
2008	34.490	- 13,0%	5.890	- 0,2%	21.140	- 16,4%	7.460	- 11,8%
2009 Hj. *)	18.740	+ 5,6%	3.580	+ 20,1%	11.250	+ 4,7%	3.910	- 2,7%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Die Zahl der mangels Masse abgelehnten Verfahren sinkt binnen eines Jahres von 23 auf 22 Prozent. Das heißt, gut drei Viertel aller Insolvenzverfahren (78 Prozent) werden mittlerweile eröffnet. Insbesondere bei den Rechtsformen der GmbH (33 Prozent) und GbR (34 Prozent) ist der Anteil der mangels Masse abgelehnten Verfahren hoch. Im Verarbeitenden Gewerbe (84 Prozent) wurden die meisten, im Dienstleistungssektor (76 Prozent) die wenigsten Insolvenzverfahren tatsächlich eröffnet. Kaum Unterschiede gibt es dagegen zwischen Ost und West. Im Osten Deutschlands liegt der Anteil der mangels Masse abgelehnten Verfahren bei 21 Prozent, im Westen bei gut 22 Prozent.

1.2 Verluste und Schäden durch Insolvenzen

Für die ersten sechs Monate des laufenden Jahres belaufen sich die Schäden für die Volkswirtschaft aufgrund von Insolvenzen auf 20,8 Milliarden Euro. Damit liegt das Schadensniveau 5,5 Milliarden Euro höher als im Vergleichszeitraum 2008 (plus 36 Prozent). 14,3 Milliarden Euro (Vorjahr: 10,2 Milliarden Euro) bleiben bei den privaten Gläubigern voraussichtlich unbefriedigt – die öffentliche Hand musste Forderungen in Höhe von 6,5 Milliarden Euro (Vorjahr: 5,1 Milliarden Euro)

ro) ausbuchen bzw. Zahlungen vornehmen, die im Zusammenhang mit einer Insolvenz stehen. Pro Insolvenzfall bleiben so im Durchschnitt Forderungen privater Gläubiger in Höhe von 859.000 Euro offen. Im ersten Halbjahr 2008 waren es nur 710.000 Euro.

Die genaue Schadenssumme zu beziffern, die eine Insolvenz die Gläubiger und den Staat kostet, ist schwierig. Zum einen ist oft nicht exakt ermittelbar, welche angemeldeten Forderungen tatsächlich in welcher Höhe bestehen, andererseits kann nicht in allen Fällen aufgeklärt werden, ob Rückflüsse an die Gläubiger gingen. Die exakte Höhe der Forderungsverluste ist im Regelfall frühestens zwei Jahre nach der Eröffnung des Verfahrens bezifferbar, wenn die Höhe der Insolvenzmasse feststeht und die genaue Summe der dagegen gerichteten Forderungen. Dennoch erlaubt auch die Erfassung bei Eröffnung bzw. im vorläufigen Verfahren eine erste Einschätzung, insbesondere im Hinblick auf eine Zu- oder Abnahme gegenüber den Jahren zuvor.

Insolvenzschäden steigen auf 20,8 Mrd. €

Tab. 4: Insolvenzschäden in Deutschland in Mrd. Euro

■	private Gläubiger	Schäden der öffentlichen Hand	Gesamt	private Forderungsverluste je Insolvenzfall in Euro
1999	17,9	9,7	27,6	672.000
2000	17,9	9,2	27,1	641.000
2001	22,0	10,3	32,3	679.000
2002	26,6	11,8	38,4	707.000
2003	27,9	12,6	40,5	707.000
2004	27,5	11,9	39,4	700.000
2005	26,7	10,8	37,5	725.000
2006	22,4	8,7	31,1	658.000
2007	21,2	8,0	29,2	727.000
2008 Hj.	10,2	5,1	15,3	700.000
2008	21,0	8,0	29,0	710.000
2009 Hj. *)	14,3	6,5	20,8	859.000

*) von Creditreform geschätzt

Das Statistische Bundesamt registriert die voraussichtliche Forderungshöhe, die aufgrund von Insolvenzen in den Büchern der Gläubiger stehen bleiben wird, und

kommt allein bei Unternehmenspleiten für das erste Quartal 2009 auf 6,82 Milliarden Euro. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es nur 4,34 Milliarden Euro. Einen deutlichen Anstieg (plus 57 Prozent) verzeichnen vor allem Forderungssummen von mehr als 5 Mio. Euro pro Einzelfall. Dabei ist zu beachten, dass die Gerichte – mangels anderer verfügbarer Quellen – oftmals die Forderungshöhe schätzen. Denn die Aufforderung an die Gläubiger zur Anmeldung ihrer Ansprüche ist zu dem Zeitpunkt der Erfassung der Insolvenz noch nicht ergangen, so dass noch nicht alle Forderungen bekannt sind.

Zeitpunkt und Quelle der Datenerhebung sind demnach für die Differenz zwischen den amtlichen Angaben und den Zahlen der Creditreform Wirtschaftsforschung verantwortlich. Zum anderen könnten Forderungen auch doppelt enthalten sein – insbesondere bei Insolvenzen von Unternehmen mit zusammengesetzter Rechtsform, wie etwa der GmbH und Co. KG. Obwohl es sich hierbei nur um ein Unternehmen handelt, ist normalerweise der haftende Komplementär mit einem eigenen Verfahren betroffen. Die gleichen Forderungen werden dann gegen beide gerichtet.

Nicht nur Arbeitnehmer und Lieferanten bangen im Falle einer Insolvenz um ihr Geld. Auch Betriebsrenten und die Rentenanwartschaften der Beschäftigten sind in Gefahr. Der Pensionsversicherungs-Verein (PSVaG) versichert knapp zehn Millionen Versorgungsberechtigte, davon 6,1 Mio. Arbeitnehmer, mit unverfallbaren Anwartschaften unter Insolvenzschutz. Hieraus ergibt sich die große sozialpolitische Bedeutung der Insolvenzversicherung der betrieblichen Altersversorgung. Das Schadensausgleichsvolumen, das der Pensionsversicherungs-Verein für die zum Zeitpunkt der Insolvenz laufenden Betriebsrenten leistete, summierte sich 2008 auf 248 Mio. Euro (Vorjahr: 435 Mio. Euro). Dabei war der PSVaG lediglich von 454 der knapp 30.000 Insolvenzfälle in Deutschland betroffen. Für das laufende Jahr geht der PSVaG allerdings davon aus, dass sogar der bisherige Höchstwert aus dem Jahr 2002 (Schadensvolumen knapp 1,5 Mrd. Euro) übertroffen wird.

1.3 Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste

Die stark gestiegenen Insolvenzzahlen belasten zunehmend den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland. Knapp 3,5 Mio. Arbeitssuchende verzeichnete die Statistik der Bundesagentur für Arbeit im Mai 2009. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Zuwachs um 175.000 Betroffene. Gemessen als Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen insgesamt liegt die Arbeitslosenquote mittlerweile bei 8,2 Prozent und damit klar über dem Stand von Mai 2008 (7,8 Prozent). Der Grund: Die schwere Wirtschaftskrise hat die Frühjahrsbelegung deutlich schwächer ausfallen lassen als in den Vorjahren.

Eine Viertelmillion Stellen bedroht

Auch wenn die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, wie die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf 24 Monate, zur vergleichsweise moderaten Steigerung der registrierten Arbeitslosenzahlen beitragen, schnellen die insolvenzbedingten Stellenstreichungen durch der steigende Zahl der Unternehmensinsolvenzen deutlich nach oben. Im ersten Halbjahr 2009 waren mehr als eine Viertelmillion Arbeitnehmer (254.000) von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen. Das sind deutliche 54,4 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (164.500). Die überproportional hohe Zunahme wird durch die zunehmende Anzahl von sehr großen Unternehmenspleiten bei einer Reihe von Traditionsfirmen verursacht. Allein bei den fünf größten insolventen Unternehmen sind mehr als 71.000 Stellen bedroht.

Sowohl die von Creditreform ermittelten Werte als auch die Zahlen vom Statistischen Bundesamt zeigen den ansteigenden Trend deutlich. So weist Destatis für das erste Quartal 2009 knapp 48.000 (Vorjahreszeitraum: 27.000) durch die Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffene Beschäftigte aus. Im zweiten Viertel dürfte diese Zahl durch die Großpleite von Arcandor nochmals deutlich höher liegen. Bei der Betrachtung der Zahl der bedrohten Arbeitsplätze muss allerdings berücksichtigt werden, dass Meldungen über die Zahl der betroffenen Arbeitnehmer vielfach in der Statistik fehlen und die Zahl der zum Zeitpunkt des Insolvenzan-

trages gemeldeten Beschäftigten eher als zu niedrig einzuschätzen ist und daher nur einen Trend aufzeigen kann. Dieser ist jedoch überaus deutlich: Die Pleitewelle belastet den Arbeitsmarkt immer stärker. Im Zuge von Restrukturierung und Sanierungsbemühungen dürften viele der bedrohten Arbeitsstellen auch tatsächlich wegfallen.

Tab. 5: Von der Insolvenz des Arbeitgebers betroffene Arbeitnehmer

■	Anzahl der Personen	Veränderung zum Vorjahr in Prozent
1999	471.000	- 6,0
2000	448.000	- 4,9
2001	503.000	+ 12,3
2002	590.000	+ 17,3
2003	613.000	+ 3,9
2004	605.000	- 1,3
2005	563.000	- 6,9
2006	473.000	- 16,0
2007	440.000	- 7,0
2008 Hj.	164.500	- 12,5
2008	447.000	+ 1,6
2009 Hj. *)	254.000	+ 54,4

*) von Creditreform geschätzt

Weitere Anhaltspunkte für diese Entwicklung finden sich in der Statistik der Insolvenzgeldbezieher: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben bei der Insolvenz ihres Arbeitgebers Anspruch auf die ausstehenden Lohn- und Gehaltszahlungen für die vorangegangenen drei Monate. Die von einer Insolvenz betroffenen Personen erhalten deshalb ein sogenanntes Insolvenzgeld von der Bundesagentur für Arbeit (BA). Die dafür notwendigen Gelder werden von den Berufsgenossenschaften bei den Arbeitgebern erhoben. Allein in den ersten drei Monaten des Jahres musste die BA 100 Mio. Euro mehr ausgeben als im Vorjahresquartal. Tendenz: weiter steigend.

1.4 Insolvenzen in den Wirtschaftsbereichen

Die deutsche Volkswirtschaft steckt seit rund einem Jahr in einer tiefen Rezession. Das Wachstumsminus im ersten Quartal mit minus 3,8 Prozent zum Vorquartal ist gewaltig und ohne Beispiel in der Geschichte der Bundesrepublik. Am Jahresende dürfte die Wirtschaftsleistung um sechs Prozent unter dem Vorjahr liegen und die deutsche Volkswirtschaft auf das Niveau von 2005 zurückwerfen.

Der herbe Wachstumseinbruch schlägt sich seit einigen Monaten auch in den Insolvenzzahlen nieder. Insbesondere das exportorientierte Verarbeitende Gewerbe, das häufig die Rolle der Konjunkturlokomotive übernommen hatte, spürt die Auswirkungen der Krise in den Auftrags- und Absatzzahlen und schließlich auch in der Zahl der Insolvenzanträge. So hat die Zahl der Insolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe merklich zugenommen – um 31,4 Prozent gingen die Pleiten im Industriesektor nach oben. In Westdeutschland nahmen die Insolvenzzahlen bei Industrieunternehmen sogar um knapp 36 Prozent auf 1.290 Fälle zu. In Ostdeutschland gab es im Gegensatz dazu nur ein Plus von 13 Prozent (260 Fälle). Die geringere Exportorientierung des Ostens – lange ein Wachstumshemmnis – bremst jetzt die Insolvenzwelle.

Schwerer Schlag für die exportabhängigen Branchen

**Tab. 6: Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen
im 1. Halbjahr 2009 *)**

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenz- aufkommen	%-Verän- derung gegenüber dem Vorjahr
Verarb. Gew.			
West	1.290 (950)	9,9 (8,2)	+ 35,8
Ost	260 (230)	7,3 (7,9)	+ 13,0
Deutschland	1.550 (1.180)	9,3 (8,1)	+ 31,4
Bau			
West	1.920 (1.820)	14,7 (15,7)	+ 5,5
Ost	760 (670)	21,2 (22,3)	+ 13,4
Deutschland	2.680 (2.490)	16,1 (17,1)	+ 7,6
Handel			
West	3.020 (2.810)	23,1 (24,2)	+ 7,5
Ost	710 (640)	19,8 (21,6)	+ 10,9
Deutschland	3.730 (3.450)	22,4 (23,7)	+ 8,1
Dienstleist.			
West	6.840 (6.010)	52,3 (51,9)	+ 13,8
Ost	1.850 (1.440)	51,7 (48,2)	+ 28,5
Deutschland	8.690 (7.450)	52,2 (51,1)	+ 16,6
Gesamt			
West	13.070 (11.590)	100,0 (100,0)	+ 12,8
Ost	3.580 (2.980)	100,0 (100,0)	+ 20,1
Deutschland	16.650 (14.570)	100,0 (100,0)	+ 14,3

*) von Creditreform geschätzt; () = Vorjahresangaben

Trotz der milliardenschweren Konjunkturpakete der Bundesregierung für Infrastrukturmaßnahmen: Für 2.680 deutsche Bauunternehmen kommen diese Hilfen zu spät. Gerade die im privaten Baubereich tätigen Unternehmen leiden unter den geringen Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, die mit Auslaufen der Eigenheimzulage förmlich eingebrochen waren. Einen maßgeblichen Anteil am Geschäft der Bauwirtschaft haben mittlerweile die Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten an bestehenden Wohngebäuden. Wärmedämmung und verbrauchsarme Heizungen werden politisch gefördert und regen die Nachfrage nach Handwerkerleistungen an. Im Gegensatz zu den übrigen Wirtschaftszweigen ist das Baugewerbe so bisher glimpflich durch die Rezession gekommen. Die vor allem auf den Binnenmarkt fokussierte Branche verzeichnet mit plus 7,6 Prozent den geringsten Anstieg der Insolvenzzahlen aller Hauptwirtschaftsbereiche. Bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass ostdeutsche Bauunternehmen aber stärkere Zuwächse bei den Insolvenzen verzeichnen (um 13,4 Prozent auf

***Insolvenzen im ostdeutschen Baugewerbe:
steigend***

760 betroffene Unternehmen). Die westdeutschen Bau- und Ausbaubetriebe weisen dagegen einen geringeren Anstieg um 5,5 Prozent auf 1.920 Fälle auf.

Auch der Groß- und Einzelhandel kommt nicht um einen Anstieg der Insolvenzen herum. Binnen eines Jahres erhöhte sich die Zahl der Pleiten in diesem Wirtschaftssektor um 8,1 Prozent. Im Osten Deutschlands sind die Handelsunternehmen offenbar anfälliger für Konjunkturunbrüche. Hier gab es einen Zuwachs um rund ein Neuntel (10,9 Prozent). Auch wenn der Binnenmarkt den scharfen Wirtschaftseinbruch im Moment abmildert – echte Wachstumsimpulse kommen auch aus diesem Sektor nicht. So hat der Einzelhandel immer noch unter der schwachen Konsumnachfrage der Deutschen zu leiden. Der Großhandel ist durch den Einbruch der Bestelltätigkeit aus dem Unternehmenssektor massiv getroffen.

Stark ausfallgefährdete Branchen sind vor allem im Bau- und Dienstleistungsgewerbe zu finden. Auffällig sind bei den Dienstleistern „Call Center“ mit 80 insolvenzgefährdeten Unternehmen je 1.000 Betriebe, die aufgrund der Affären rund um das Thema Datenschutz in Bedrängnis geraten sind sowie auch der konsumnahe Bereich „Bars und Diskotheken“ mit 82 risikobehafteten Unternehmen pro 1.000. Die derzeit schwierige Lage des Hotel- und Gastgewerbes verdeutlichen auch die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Danach sank der Umsatz der Branche in den ersten vier Monaten des Jahres um real sieben Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Innerhalb des Handelssektors ist die Insolvenzbetroffenheit bei „Marktverkaufsständen“ (52) und „Autowaschanlagen“ (50) am höchsten.

**„Call Center“ mit hoher
Ausfallgefahr**

Tab. 7: Risikobehaftete Branchen in Deutschland

■	Insolvenzen je 1.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	8
<u>hierunter:</u>	
Recycling von Altmaterialien und Reststoffen aus Eisen oder Stahl	65
Textilveredelung	50
Herstellung von Spielwaren	46
Baugewerbe	16
<u>hierunter:</u>	
Abbruch-, Spreng- und Enttrümmerungsgewerbe	90
Errichtung von Fertigbauteilen aus Holz und Kunststoffen im Hochbau aus fremdbezogenen Fertigteilen	76
Abdichtung gegen Wasser und Feuchtigkeit	68
Handel	11
<u>hierunter:</u>	
sonstiger Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten	52
Autowaschanlagen	50
Handelsvermittlung von Kraftwagenteilen und -zubehör	47
Dienstleistungen	10
<u>hierunter:</u>	
Bars	82
Call Center	80
Kurierdienste	69
Gesamt	11
<u>hierunter:</u>	
Westdeutschland	10
Ostdeutschland	13

Quelle: Creditreform Datenbank und Umsatzsteuerstatistik

1.5 Insolvenzen nach Rechtsform

Mit 46,5 Prozent haben Kleingewerbetreibende einmal mehr den größten Anteil am Insolvenzgeschehen (Vorjahr: 53,2 Prozent). Während sich der Anteil dieser Rechtsform im Jahresverlauf allerdings verringerte, sind GmbHs in diesem Jahr deutlich stärker betroffen. 38,5 Prozent aller Insolvenzfälle des ersten Halbjahres betreffen eine haftungsbeschränkte Gesellschaft. Im Vorjahreszeitraum lag diese Quote noch bei knapp einem Drittel (32,8 Prozent). Dieser sprunghafte An-

stieg zeigt, dass mittlerweile die gesamte Breite des Mittelstandes und auch viele größere Unternehmen und Traditionsfirmen von Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung betroffen sind. Nennenswerte Unterschiede zwischen Ost und West gibt es bei dieser Entwicklung nicht.

Tab. 8: Insolvenzen nach Rechtsformen im 1. Halbjahr 2009

■	West	Ost	Deutschland
freie Berufe	3,2 (3,8)	3,3 (3,6)	3,2 (3,8)
Kleingewerbetreibende	46,2 (52,1)	47,5 (56,6)	46,5 (53,2)
BGB-Gesellschaft	1,1 (1,0)	0,8 (1,2)	1,0 (1,0)
Einzelfirma	4,0 (4,1)	1,9 (2,1)	3,5 (3,6)
OHG	0,3 (0,3)	0,2 (0,1)	0,3 (0,3)
KG	0,6 (0,6)	0,3 (0,4)	0,5 (0,5)
GmbH & Co. KG	4,9 (3,9)	5,3 (3,6)	5,0 (3,8)
GmbH	38,4 (33,3)	39,0 (30,9)	38,5 (32,8)
AG	0,8 (0,5)	0,6 (0,4)	0,7 (0,5)
eG	0,1 (0,0)	0,2 (0,2)	0,1 (0,1)
e.V.	0,5 (0,5)	1,0 (0,8)	0,5 (0,5)

Anteile in Prozent; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform Datenbank

Neben der GmbH verzeichnet auch die Rechtsform der GmbH & Co. KG eine zunehmende Bedeutung am Insolvenzgeschehen. Im ersten Halbjahr 2009 waren fünf Prozent (Vorjahr: 3,8 Prozent) aller Pleitekandidaten dieser Rechtsform zuzuordnen.

1.6 Insolvenzen nach Unternehmensgröße und Alter

Der Trend, wonach verstärkt kleine und Kleinstunternehmen von Insolvenzen betroffen sind, hat sich in diesem Jahr nicht fortgesetzt. Zwar setzt die Mehrzahl der insolventen Betriebe (61,5 Prozent) weniger als 500.000 Euro im Jahr um, gegenüber dem Vorjahr (66,7 Prozent) hat sich dieser Anteil aber deutlich verringert. Im Gegensatz dazu waren in den ersten sechs Monaten des Jahres erheblich mehr mittlere und größere Unternehmen in den Insolvenzstatistiken zu finden. Fast jeder dritte Fall (32 Prozent) fiel in die Umsatzklasse bis 5 Mio. Euro Jahresumsatz – gut drei

Immer mehr Große fallen um

Prozentpunkte mehr als vor Jahresfrist. 0,6 Prozent der zahlungsunfähigen Unternehmen erwirtschafteten mehr als 50 Mio. Umsatz im Jahr. Das ist ein deutlich höherer Anteil als im vergangenen Jahr, als nur 0,2 Prozent aller Unternehmenspleiten auf die höchste Umsatzkategorie entfielen.

Tab. 9: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen im 1. Halbjahr 2009 *) in Deutschland (in Mio. Euro)

■	absolut	%-Anteil
bis 0,1	3.910 (3.760)	23,5 (25,8)
> 0,1 – 0,25	3.530 (3.400)	21,2 (23,3)
> 0,25 – 0,5	2.790 (2.560)	16,8 (17,6)
> 0,5 – 5,0	5.330 (4.210)	32,0 (28,9)
> 5,0 – 25,0	910 (540)	5,5 (3,7)
> 25,0 – 50,0	80 (70)	0,5 (0,5)
> 50,0	100 (30)	0,6 (0,2)
Gesamt	16.650 (14.570)	100,1 (100,0)

*) Umsätze teilweise geschätzt; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform Datenbank

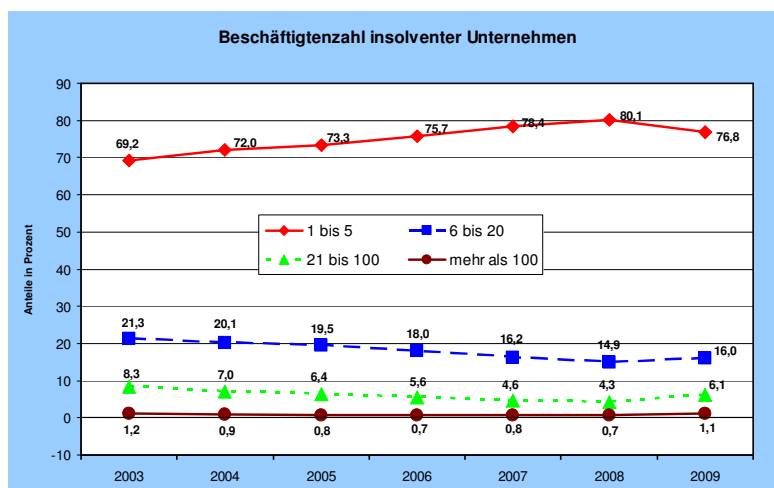
Parallel zum Anstieg der Insolvenzzahlen in den größeren Umsatzklassen nahm auch die Zahl der Konkurse von Unternehmen zu, die mehr als nur fünf Personen beschäftigen. Das Gros des Insolvenzgeschehens entfällt allerdings weiterhin auf Kleinstunternehmen (76,8 Prozent; Vorjahr: 80,1 Prozent). Stärker als im vergangenen Jahr ist die Gruppe der Betriebe mit 21 bis 50 Mitarbeitern betroffen. Während im ersten Halbjahr 2008 3,3 Prozent der Insolvenzfälle mehr als 20 aber höchstens 50 Arbeitnehmer beschäftigten, ist deren Anteil mittlerweile auf 4,7 Prozent gestiegen. Auch echte Großpleiten mit vielen hunderten oder tausenden betroffenen Mitarbeitern sind in diesem Jahr weitaus häufiger anzutreffen als noch 2008. Eine lange Liste bekannter Namen findet sich unter den zusammengebrochenen Unternehmen (vgl. Kapitel 1.8).

**Tab. 10: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen
in Prozent im 1. Halbjahr 2009**

■	West	Ost	Deutschland
1 – 5 Personen	76,7 (80,2)	77,3 (79,7)	76,8 (80,1)
6 – 10 Personen	10,1 (9,3)	11,1 (9,9)	10,3 (9,4)
11 – 20 Personen	5,7 (5,4)	5,8 (5,5)	5,7 (5,5)
21 – 50 Personen	4,8 (3,2)	4,2 (3,8)	4,7 (3,3)
51 – 100 Personen	1,5 (1,1)	0,9 (0,8)	1,4 (1,0)
> 100 Personen	1,2 (0,8)	0,7 (0,3)	1,1 (0,7)

Anteile in Prozent; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform Datenbank

Zwar geraten zunehmend große Unternehmen aufgrund ihrer starken Exportorientierung und engen Verflechtung zum Kapitalmarkt in Liquiditätsprobleme und damit in den Insolvenzstrudel, gleichwohl hatten drei Viertel aller Fälle noch nicht einmal fünf Mitarbeitern im Unternehmen. Diese Quote war in den zurückliegenden Jahren stark gestiegen, wie die Grafik auf der folgenden Seite zeigt. Auch, weil Kleinunternehmen generell mit höheren Hürden kämpfen müssen als große: Steigende Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit, der hohe Preisdruck infolge der zunehmenden Internationalisierung und der starke lokale Bezug der Betriebe, der ein Ausweichen auf Outsourcing und Produktionsverlagerung kaum möglich machen, haben die Kleinstbetriebe mit nur wenigen Mitarbeitern in den vergangenen Jahren belastet. Wenig profitieren konnten kleinere Unternehmen zudem von den flexibleren Arbeitsmarktformen wie 400-Euro-Jobs, da sie vor allem festangestellte Fachkräfte beschäftigen. Hinzu kommen die schwierigeren Finanzierungs- und Kreditversicherungsbedingungen aufgrund der Finanz- und Bankenkrise.



Die zahlungsunfähigen und überschuldeten Unternehmen sind im Schnitt etwas älter als im vergangenen Jahr. In 35,4 Prozent (Vorjahr: 34,6 Prozent) der Fälle war ein Unternehmen länger als zehn Jahre am Markt, bevor der Gang zum Insolvenzgericht angetreten werden musste. Wie im Vorjahr scheiterte gut jeder Sechste (17,6 Prozent) bereits nach weniger als zwei Jahren.

Tab. 11: Insolvenzen nach Unternehmensalter im 1. Halbjahr 2009

■	absolut	%-Anteil
0 bis 2 Jahre	2.930 (2.560)	17,6 (17,6)
3 bis 4 Jahre	2.830 (2.390)	17,0 (16,4)
5 bis 6 Jahre	2.100 (1.810)	12,6 (12,4)
7 bis 8 Jahre	1.530 (1.490)	9,2 (10,2)
9 bis 10 Jahre	1.370 (1.280)	8,2 (8,8)
über 10 Jahre	5.890 (5.040)	35,4 (34,6)

() = Vorjahresangaben

Quelle: Creditreform Datenbank

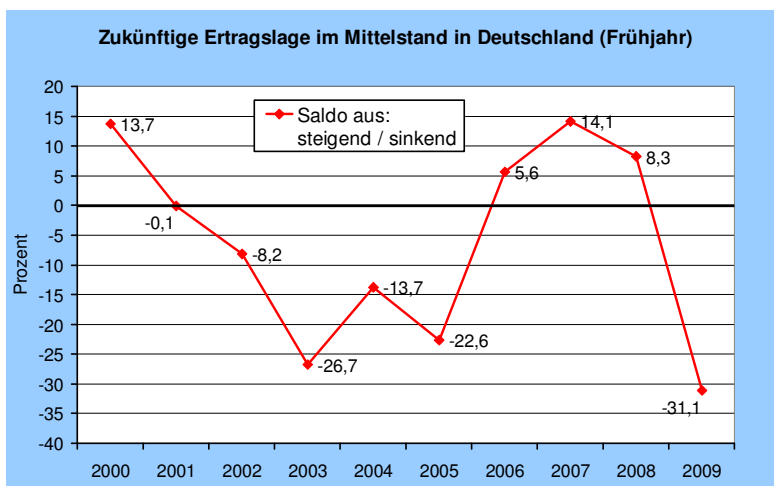
1.7 Insolvenzen und Finanzierungsstruktur

Im aktuellen finanzwirtschaftlichen und konjunkturellen Umfeld finden sich wichtige Indikatoren der Insolvenzentwicklung. Die schlechte Ertragslage der Unternehmen, merklich ansteigende Forderungsausfälle, schwierige Finanzierungsbedingungen und die nach wie vor strukturelle Eigenkapitalknappheit im deutschen KMU-Sektor belasten die Stabilität vieler Unternehmen. Ein Blick auf die einzelnen Einflussfaktoren:

Ertragslage

Die Ertragslage im Mittelstand ist desaströs. Die Wirtschaftskrise nagt an der Substanz von immer mehr Unternehmen. Gut die Hälfte der von Creditreform befragten Betriebe (51,6 Prozent) berichtete im Frühjahr über gesunkene Erträge, noch nicht einmal jeder Zehnte (9,2 Prozent) vermeldet Gewinnsteigerungen. Damit ist die Ertragssituation der mittelständischen Wirtschaft deutlich schlechter ausgefallen als im Vorjahr. 2008 musste nur ein Drittel der Befragten (33,4 Prozent) ein Ertragsminus hinnehmen. Rund ein Sechstel der Unternehmen (16,5 Prozent) hatte damals einen Gewinnanstieg gemeldet. Im langfristigen Vergleich ist die derzeitige Lage am ehesten mit der aus den Jahren 1999 und 2003 vergleichbar.

Rücklagen schmelzen



Die Eigenfinanzierungskraft der Unternehmen wird auch in den kommenden Monaten unter der Rezession leiden. Die Ertragsaussichten sind alles andere als rosig. Ausreichend Liquidität vorzuhalten dürfte immer schwieriger werden. Gerade hoch verschuldete Unternehmen sind geradezu verdammt, Cash Flow zu erwirtschaften, um nicht unterzugehen. In diesem Segment ist ein Anstieg der Insolvenzzahlen unausweichlich.

Eigenkapitalknappheit

Eine der wichtigsten Einflussgrößen für das Eintreten einer Insolvenz ist die Eigenkapitalausstattung eines Unternehmens. Einerseits hilft eine ausreichende Kapitaldecke, konjunkturelle Dellen zu überwinden oder

Eigenkapitallücke nicht geschlossen

Zahlungsverzögerungen bzw. -ausfälle auszugleichen, andererseits sorgt die damit verbundene Unabhängigkeit vom Bankenmarkt und seinen Turbulenzen für Stabilität. Falls Fremdkapital, beispielsweise für ein Investitionsvorhaben, nötig ist, ist die Eigenkapitalquote eine ausschlaggebende Kennziffer für die Bestimmung der Kreditkonditionen.

Generell gilt: Je weniger Eigenkapital ein Unternehmen zur Verfügung hat, desto größer ist die Insolvenzwahrscheinlichkeit. Die jüngste Befragung von Creditreform, an der sich gut 4.000 Unternehmen des Mittelstandes beteiligten, erhärtet die Problematik. Beinahe jeder dritte Mittelständler (31,5 Prozent) leidet unter einer zu geringen Eigenkapitalquote. Bei insolventen Firmen war der Anteil unterkapitalisierter Unternehmen sogar doppelt so hoch (63 Prozent).

Tab. 12: Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes im Verhältnis zur Bilanzsumme

■	bis 10%	31,5 (30,3)
	bis 20%	25,7 (28,4)
	bis 30%	19,9 (17,4)
	über 30%	22,9 (23,9)

Angaben in % der Befragten, () = Vorjahresangaben

Und: Es gibt keine Anzeichen für eine Besserung in Sachen Eigenkapital. Die schlechten Ertragsaussichten im deutschen Mittelstand machen wenig Hoffnung, dass sich die Eigenkapitalsituation der Betriebe in naher Zukunft bessern wird. Im Gegenteil: Der Anteil unterkapitalisierter Unternehmen dürfte weiter steigen – mit weitreichenden Folgen für die Finanzierungsbedingungen dieser Unternehmen.

Auch die Boomjahre 2006 und 2007 konnten viele der kleinen und mittleren Unternehmen nicht zur Stärkung ihrer Eigenkapitaldecke durch Gewinnthesaurierung nutzen. Aufgrund der beschriebenen Eigenkapitalchwäche und Verschuldungssituation dürften auch mittlere und größere Unternehmen der Insolvenzspirale zum Opfer fallen. Nur knapp jeder vierte Betrieb (22,9 Prozent; Vorjahr: 23,9 Prozent) ist mit einer soli-

den Eigenkapitaldecke versorgt (mehr als 30 Prozent im Verhältnis zu Bilanzsumme).

Zahlungsverhalten

Die Wirtschaftskrise drückt auf die Zahlungsmoral in Deutschland. Bereits zur Jahresmitte 2008 setzte eine Verschlechterung ein, die sich zuletzt weiter verschärft hat. So berichten deutlich weniger Unternehmen als im Jahr zuvor davon, dass die Auftragnehmer innerhalb von 30 Tagen die Rechnung bezahlen. Nur noch sieben von zehn Unternehmen (69,6 Prozent) können den Zahlungseingang innerhalb eines Monats verbuchen (Vorjahr: 74,2 Prozent). Fallen Forderungen aus, werden also Rechnungen nicht bezahlt, fehlt besonders kleinen und mittleren Unternehmen wichtige Liquidität. So drohen vermehrt Folgeinsolvenzen im Bereich der Zulieferer und Unternehmensdienstleister.

Krise verschlechtert Zahlungsmoral

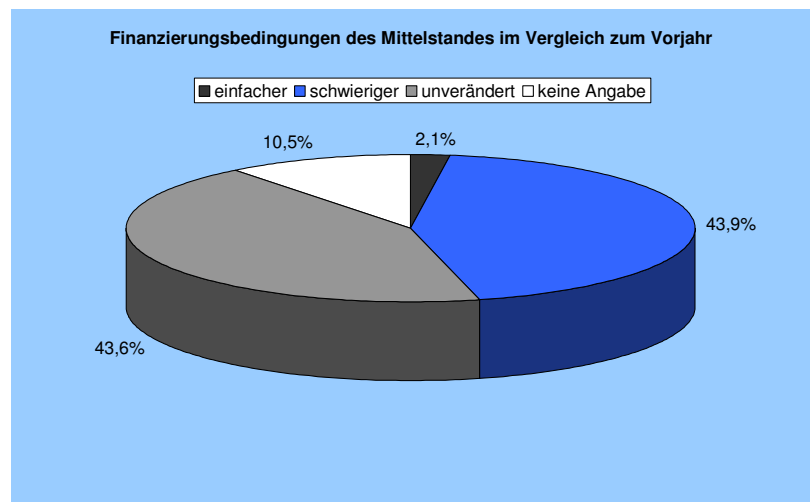
Im März 2009 veröffentlichte die Creditreform Wirtschaftsforschung eine Analyse des Zahlungsverhaltens von Unternehmen im Jahr vor der Insolvenz. Die Ergebnisse zeigen, dass das Zahlungsverhalten ein zuverlässiger Insolvenzindikator ist. Pleitefirmen weisen bereits in den Monaten vor dem Insolvenzantrag ein insgesamt deutlich schlechteres Zahlungsverhalten auf als der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt. Je näher der Zeitpunkt der Insolvenzmeldung rückt, desto größer werden die Verzögerungen (Differenz zwischen Zahlungsziel und Zahldatum) – oftmals sind es mehr als 90 Tage. Unter Insolvenzanwärtern wächst zudem der Anteil säumiger Zahler stetig. Insbesondere größere Rechnungssummen werden am Vorabend der Insolvenz deutlich schleppender beglichen als kleinere Beträge.

Finanzierungsbedingungen

Trotz der deutlichen Zinssenkungen der EZB haben sich die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen nicht gebessert. Vor allem bonitätsschwache Firmen trifft die Verschärfung der bankinternen Kreditvergabe-richtlinien. Im Zuge der Finanzmarktkrise müssen die Unternehmen für ihre externe Finanzierung tiefer in die Tasche greifen. Auch wenn die Zinssätze für Firmenkredite am aktuellen Rand wieder rückläufig sind – die

Kreditklemme schnappt zu

Fremdkapitalgeber sind im schwierigen Konjunkturfeld deutlich sensibler geworden, verlangen Risikoaufschläge und wollen mehr Sicherheiten sehen. Doch das ist noch nicht alles: Viele Mittelständler müssen sich mittlerweile auf die Ablehnung ihres Kreditantrags einstellen und sich nach Alternativen umsehen, um sich Kapital zu beschaffen.



Die merkliche Verschärfung in den Kreditvergaberichtlinien der Banken zeigt sich auch in den regelmäßigen Surveys der EZB und des ifo-Instituts München. Einerseits müssen die Banken ihre höheren Refinanzierungskosten an die Firmen weitergeben, andererseits verlangt die Wirtschaftskrise mit steigenden Ausfallraten eine sorgfältigere Abwägung bei der Kreditvergabe. Das spürt der Mittelstand. In einer Untersuchung der Creditreform Wirtschaftsforschung vom April dieses Jahres bejahten knapp 44 Prozent der befragten Unternehmen die Frage, ob die Finanzierungsbedingungen schwieriger seien als vor einem Jahr. Im Vorjahr machten diese Angabe nur 32,5 Prozent der Befragten. Vor allem kleine, sehr große sowie junge Unternehmen leiden unter erschwerten Finanzierungsbedingungen. Konkret fordern die Kapitalgeber mehr Sicherheiten (in 83,4 Prozent der Fälle) und höhere Risikoaufschläge (33,9 Prozent) bevor ein Kredit bewilligt wird. Eine Kreditklemme stellt immerhin ein Sechstel der Unternehmen (16,9 Prozent) fest – doppelt so viele wie im Vorjahr. Unter abgelehnten Kreditanträgen haben vor allem Einzelhandel und Baugewerbe zu leiden.

Anzeichen für eine flächendeckende Kreditklemme sind zwar noch nicht zu erkennen, zuletzt hat aber die Rate der Kreditausreichungen abgenommen, wie der KfW Kreditmarktausblick für Juni 2009 zeigt. Gerade Großbanken vergeben deutlich weniger Kredite. Dabei dürften auch die sinkenden Investitionsausgaben die Kreditnachfrage negativ beeinflusst haben.

1.8 Große Firmeninsolvenzen

Das Jahr 2009 ist – wie kein anderes – vom Scheitern vieler großer, namhafter Unternehmen geprägt: Schiesser, Märklin und Rosenthal sowie Woolworth, Qimonda und zuletzt Arcandor. Anders als bei Autobauer Opel gab es beim Karstadt-Mutterkonzern keine spektakulären Rettungsversuche der Politik.

Tab. 13: Große Unternehmensinsolvenzen in Deutschland im 1. Halbjahr 2009

■	Unternehmen	Geschäftszweck	betroffene Beschäftigte
	Arcandor	Handels- und Touristikkonzern	52.000
	Woolworth	Einzelhandels-Discounter	9.700
	Qimonda	Chiphersteller, Halbleiter	4.600
	Wadan-Werften	Schiffsbau	2.600
	Schiesser	Herstellung von Textilien	2.300
	Märklin	Eisenbahn-Modellbauerhersteller	1.400
	Rosenthal	Herstellung von Porzellan und Haushaltswaren	1.300
	Adessa	Textileinzelhandel	900
	Kampa	Fertighausbau	750

Quelle: Creditreform Datenbank

Rund 52.000 Mitarbeiter sind beim Handels- und Touristikunternehmen **Arcandor** von einer der größten Pleiten der Nachkriegsgeschichte betroffen. Als Generalbevollmächtigter des Vorstands und Sanierer des Unternehmens ist der Rechtsanwalt Horst Piepenburg eingesetzt. „Es geht nicht um die Sanierung von Teilssegmenten, sondern um die Sanierung des Konzerns“, formuliert Piepenburg das Ziel. Der Sanierungsexperte hat bereits erfolgreich die Drogeriemarktkette IhrPlatz und das Textilhandelsunternehmen SinnLeffers restrukturiert.

Auch für die Rettung der Billigkaufhauskette **Woolworth** sieht Insolvenzverwalter Ottmar Hermann „gute Chancen“. Der Discounter hatte am Osterwochenende einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens wegen drohender Zahlungsunfähigkeit gestellt. Aber anders als in vielen anderen Insolvenzfällen verfügt Woolworth noch über Liquidität. Verbindlichkeiten sind bezahlt und Kündigungen noch nicht ausgesprochen. Von der Pleite sind in Deutschland 9.700 Beschäftigte betroffen. Das Sanierungskonzept hat als Ziel, eine neue Woolworth-Gesellschaft außerhalb eines Insolvenzverfahrens am Markt zu halten. Geplant ist, jede zweite der insgesamt 311 Filialen der Warenhauskette zu schließen sowie Produktsortimente und Ladengrößen zu reduzieren. Die restlichen Läden sollen künftig von anderen Handelsunternehmen benutzt werden.

Der andauernde Preisverfall bei Speicherchips infolge des weltweiten Konjunkturerinbruchs hat die ganze Halbleiter-Branche aufgerüttelt. Auch für den im Januar insolvent gewordenen Chiphersteller **Qimonda** mit rund 4.600 Mitarbeitern sieht die Zukunft wenig rosig aus: Das Unternehmen findet keinen neuen Investor und wird in Teilen verkauft. Jüngster Ausverkauf: Eine Qimonda-Mehrheitsbeteiligung an einem Solarzellenwerk in Portugal wurde im Juni an eine Gruppe portugiesischer Investoren veräußert. Reaktionen weiterer Interessenten aus China und Russland stehen aus.

Die Insolvenz der **Wadan-Werften** in Wismar und Rostock konnte trotz zugesagter Staatshilfe aus dem Wirtschaftsfonds Deutschland nicht abgewendet werden. Die Bürgschaften in Höhe von 40 Millionen Euro wurden erst gar nicht in Anspruch genommen. Seit 1989 befinden sich die Werften im Kampf um ihr Fortbestehen. Nach diversen Eigentümerwechseln befinden sich die Wadan-Werften heute in russischer Hand. Von der Zahlungsunfähigkeit der Werften sind rund 2.600 Mitarbeiter betroffen. 100 Millionen Euro Lieferverbindlichkeiten stehen in den Unternehmensbüchern. Zudem ist der finanzierte Auftragsbestand offenbar geringer als bislang bekannt, so Insolvenzverwalter Marc Odebrecht, der von „einer weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Situation“ spricht.

Mit der Insolvenz des Wäscheherstellers **Schiesser** geht eine 130-jährige Firmengeschichte zu Ende. Nachdem der Schweizer Mehrheitsaktionär Hesta keine weiteren finanziellen Mittel mehr zur Verfügung stellte, brach die Anschlussfinanzierung zusammen. Und das trotz positiver Geschäftsentwicklungen und erfolgreicher Restrukturierungsmaßnahmen. Für die finanzielle Schieflage wurden maßgeblich Investitionsfehler aus der Vergangenheit verantwortlich gemacht. So heißt es in einer Mitteilung: „Schiesser wird auch durch hohe finanzielle Verpflichtungen, die für nicht zum Kerngeschäft gehörende und zwischenzeitlich eingestellte Geschäftsfelder aufgebaut wurden, nachhaltig belastet“. Das Unternehmen hat rund 2.300 Mitarbeiter. Modemacher Wolfgang Joop ist an einer Übernahme des Wäscheherstellers interessiert.

Ein weiteres deutsches Traditionsunternehmen in finanzieller Schieflage ist **Märklin**. Anfang Februar endete die 150-jährige Firmengeschichte mit dem Gang zum Insolvenzgericht. Die Gesellschaft aus Göppingen stand schon einmal vor drei Jahren kurz vor der Pleite. Damals sprangen die britischen Finanzinvestoren Kingsbridge Capital und Goldman Sachs als rettende Geldgeber ein. Derzeit prüft Insolvenzverwalter Michael Pluta verschiedene Angebote von Investoren. „Es gibt sieben Investoren, die glaubhaft nachweisen konnten, dass sie Märklin allein übernehmen könnten“. Dabei ist ein Finanzierungsvolumen von 100 Mio. Euro im Gespräch. Die Angestellten bangen, hoffen und nehmen Abstriche in Kauf: Insgesamt sollen unternehmensweit fast 400 der 1.400 Stellen gestrichen werden. Die verbleibenden Arbeitskräfte müssen zunächst auf Gehalt verzichten. Für das laufende Geschäftsjahr stellt Insolvenzverwalter Pluta einen Umsatz von rund 120 Millionen Euro und ein Ende der jahrelangen Verluste in Aussicht. Als ein Mitgrund für die Insolvenz wird die Zahlung überhöhter Beraterhonorare für das Erstellen von Sanierungskonzepten genannt.

Hochwertige Porzellan-Sets werden bei Eheschließungen nur noch selten verschenkt. Und die Misere der Warenhäuser und verwaisten Ladenimmobilien trägt

ein Übriges zur Absatzflaute auf dem deutschen Porzellan-Markt bei. Folge: Porzellan-Hersteller **Rosenthal** meldet Anfang April Insolvenz an. Zwar lief der Warenverkauf ins Ausland einige Jahre gut, wurde aber durch die Wirtschaftskrise unterbrochen. Letztendlich waren die Produktionskapazitäten einfach zu hoch. Doch die Rettung des Porzellanherstellers rückt immer näher: Am Tag der Eröffnung des Insolvenzverfahrens am 1. April erklärt Insolvenzverwalter Volker Böhm, der Verkauf Rosenthals an den italienischen Besteckhersteller Sambonet Paderno wird immer wahrscheinlicher. Für die Belegschaft bedeutet das trotzdem Beschäftigungsabbau: 300 von 1.300 Arbeitsplätzen sollen gestrichen werden. Dies sei nötig, um das Unternehmen auf eine Übernahme vorzubereiten oder um das Unternehmen auch ohne baldigen Verkauf fortführen zu können, erklärt Insolvenzverwalter Volker Böhm.

1.9 Insolvenzen in der Autozuliefererindustrie

Die Automobilbranche war als erste und mit am schlimmsten von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen. In den USA musste das einstige Flaggschiff der Nation „General Motors“ Insolvenz anmelden. Auch in Deutschland verzeichneten alle großen Automobilhersteller wie Daimler, BMW und Porsche drastische Absatzrückgänge. Die Beinahe-Pleite von Opel ist exemplarisch für die gesamte Branche. Nur aufgrund massiver staatlicher Eingriffe wurde die Insolvenz vorerst abgewendet und ein neuer Investor gefunden. Zwar profitieren die Autohersteller mittlerweile auch von der Abwrackprämie, in Deutschland insbesondere die Hersteller von Kleinwagen wie VW oder Opel, vor allem aber ausländische Autoproduzenten. Zu befürchten ist, dass sich der Konjunkturimpuls lediglich als ein Strohfeuer erweist. Die tiefgreifenden strukturellen Probleme in der Branche bleiben bestehen und die Auftragslage dürfte nach dem Auslaufen der Umweltprämie wieder einbrechen.

Tab. 14: Aktuelle Insolvenzen bei Kfz-Zulieferern

■	Unternehmen	Geschäftszweck	betroffene Beschäftigte
	Karmann	Zulieferer von Scharniersystemen und Schiebedächern	3.470 (8.000)
	Edscha	Zulieferer von Dachsystemen	2.300 (5.800)
	TMD Friction	Bremsbeläge-Spezialist	2.300
	Plastal	Zulieferer von Plastikteilen für die Autoproduktion	1.800 (7.000)
	OLHO Gruppe	Komponenten für die Automobilindustrie	1.600
	Tedrive	Zulieferer von Antriebswellen und Differentialen	1.500
	ae group	Zulieferer von montagefertigen Aluminium-Druckgussteilen	1.400
	Stankiewicz	Zulieferer von Schallisolationssystemen	1.300 (2.100)
	Menzolit-Fibron	Plastik- und Kunststoffkomponenten	1.005
	Wagon Automotive	Türrahmen	800
	Ruwel	Leiterplattenhersteller	600

Quelle: Creditreform Datenbank;; () = weltweit

Von der segensreichen Wirkung der Abwrackprämie haben die Automobil-Zulieferbetriebe bislang wenig gespürt. Im Gegenteil: Sie werden von einer Insolvenzwelle erfasst, die ohne Beispiel ist. Allein im ersten Halbjahr 2009 haben rund 40 Autozulieferer in Deutschland Insolvenz anmelden müssen (etwa 20.000 Arbeitsplätze sind davon betroffen) und ein Ende der Negativentwicklung ist noch nicht abzusehen. Im Gegenteil: Die hohe Risikobewertung der Branche verschlechtert die Verhandlungen mit Banken und Kreditversicherern.

Edscha, Karmann, TMD Friction und Co gerieten in den vergangenen Monaten in den Sog der schrumpfenden Autoproduktion. Viele Zulieferer, die in den vergangenen Monaten insolvent geworden sind, zählten zu den Besten ihrer Klasse. In der Absatzkrise wurde ihnen aber ihre ungesunde Kapitalstruktur zum Verhängnis. Denn eine Reihe der nun insolventen Autozulieferer befanden sich im Besitz von Finanzinvestoren. Diese geben den von ihnen erworbenen Unternehmen die hohen Schulden weiter, die sie für den Kauf aufgenommen haben. Wegen der hohen Auf-

wendungen für Schuldzinsen und Tilgung wird das Geld selbst bei ansonsten gesunden Betrieben knapp und reicht oft nicht mehr zur Finanzierung des laufenden Geschäftsbetriebs aus. Aber auch der Zugang zu neuem Kapital ist schwer: Viele Private-Equity-Gesellschaften schießen keine finanziellen Mittel mehr nach. Und wer neue Kredite in der Branche will, stößt bei den Banken derzeit auf Granit: Die Fremdkapitalzinsen steigen, Kreditlinien werden gekürzt oder gar gekündigt.

So geschehen bei **Edscha**, einem der größten Autozulieferer, der im Februar wegen der Branchenkrise Insolvenz anmelden musste. Das im Jahr 1870 gegründete Traditionsunternehmen ist einer der wichtigsten Lieferanten der Autohersteller. Größter Kunde des Herstellers von Scharnieren und Schiebedächern ist BMW. Die Absatzzahlen sind im Zuge der sinkenden Autoproduktionszahlen dramatisch eingebrochen. Auch hier konnte der operative Geschäftsbetrieb aus laufenden Mitteln nicht mehr bezahlt werden und der Zugang zu frischem Kapital war verwehrt. Gemeinsam mit dem Vorstand arbeitet der Insolvenzverwalter Jörg Nerlich nun ein Sanierungskonzept aus. Der vorläufige Insolvenzverwalter ist zuversichtlich, dass der Cabrio-Spezialist an einen Investor verkauft und viele Arbeitsplätze gerettet werden können. Banken, Kunden und Lieferanten hätten bereits in einem Gespräch ihre Unterstützung signalisiert. Betroffen sind 2.300 Mitarbeiter in Deutschland.

Neben Edscha hat es mit der Insolvenz von **Karmann** im April dieses Jahres einen weiteren Cabrio-Spezialisten erwischt. Dem Unternehmen aus Osnabrück fehlten Anschlussaufträge und angesichts des Umsatzrückgangs konnte der Sozialplan für den bereits beschlossenen Stellenabbau nicht mehr finanziert werden, obwohl das Unternehmen praktisch frei von Bankkrediten ist. Nun hofft die Firmenspitze, den Insolvenzprozess nutzen zu können, um ein neues Konzept für die Zukunft auf die Beine zu stellen – zu dem auch Einkommenseinbußen für die Mitarbeiter gehören. Bislang ist von einem neuen Unternehmen die Rede, das die Sparten Dachsysteme und technische

Entwicklung unter einem Dach mit 2.000 Mitarbeitern vereinen wird.

Und der Abschwung in der Autoindustrie treibt immer mehr Zuliefererfirmen in den finanziellen Ruin. So meldete im März **Plastal**, mit 1.800 Arbeitsplätzen in Deutschland (7.000 weltweit) einer der größten Vertreter der Branche, Insolvenz an. Bei dem Kunststoffteile-Hersteller soll die Produktion unter einem Insolvenzverwalter weitergeführt werden. Auch eine letzte Kapitalspritze durch den Haupteigner Nordic Capital Fund konnte den Einbruch der Nachfrage insbesondere aus den Kernmärkten nicht ausgleichen.

Ebenfalls im Dezember 2008 meldet mit **Stankiewicz** ein weiterer Autozulieferer Insolvenz an. Die frühere Continental-Tochter aus Niedersachsen stellt u. a. Schallisolationssysteme für Audi, BMW und Daimler her. Anfang Dezember hatten sich Banken, Kunden und Lieferanten zwar noch drauf verständigt, ein Rettungskonzept zu erarbeiten, das den Weiterbetrieb des Unternehmens ermöglichen sollte. Eine Einigung kam jedoch nicht zustande. Bereits Mitte November hatte der Verband der Automobilindustrie vor einer Insolvenz von Stankiewicz gewarnt und die Kreditwirtschaft dazu aufgerufen, den meist mittelständischen Zuliefererbetrieben ausreichend Kredite zur Verfügung zu stellen (Finanzinvestor Gilde).

Vom geplanten Stellenabbau betroffen sind auch die rund 1.400 Beschäftigten des insolventen Autozulieferers **ae group** aus Thüringen. Das Unternehmen soll per Insolvenzplanverfahren bis Ende August saniert werden. In diesem Zusammenhang sollen auch einige der fünf Werke in Deutschland geschlossen und 400 Stellen abgebaut werden, erklärt Vorstandschef Andrew Seidl. Die Gläubigerbanken werden nun auf den Großteil der 90 Mio. Euro verzichten müssen, die sie dem Unternehmen als Kredite gewährt haben. Wichtige Kunden wie BMW oder Volkswagen haben dem Unternehmen zugesichert, sich weiter von ae group beliefern zu lassen. Nach den Umstrukturierungen rechnet man mit einer zukunftsfähigen Fortführung des Unternehmens.

Dass eine Insolvenz auch einen guten Neuanfang für ein Unternehmen bedeuten kann, belegt das Beispiel des Autozulieferers **TMD Friction**. Erst im vergangenen Dezember meldete der Bremsbeläge-Spezialist Insolvenz an. Der Insolvenzverwalter Frank Kebekus führt das Unternehmen in eine übertragende Sanierung, d. h. das funktionierende operative Geschäft soll in einem neuen Unternehmen ohne erdrückende Schuldenlast fortgeführt werden und dafür sucht er einen Investor. Voraussetzung: Die Aushandlung eines Sozialplans für den Stellenabbau. Ein gutes halbes Jahr später ist bereits ein solventer Investor gefunden. Mit dem Einstieg des britischen Finanzinvestors Pampolona Capital Management kann der Betrieb damit auch weltweit 3.800 von 4.500 Arbeitsplätzen erhalten. Neben dem Finanzinvestor beteiligt sich auch das Management am Unternehmen.

1.10 Exkurs: Insolvenzplan und Änderungen am Insolvenzrecht

Angesichts zunehmender Unternehmensinsolvenzen und der damit verbundenen volkswirtschaftlichen Schäden, entschloss sich der Gesetzgeber im Jahr 1999 zu einer Reform des Insolvenzrechts mit dem Ziel, Sanierungen zu erleichtern. Nach dem Vorbild des amerikanischen Chapter 11 räumt es Schuldner und Gläubigern umfangreiche Gestaltungsfreiheiten ein, um eine flexible und (wenn möglich) auch für alle Beteiligten optimale Insolvenzlösung zu erreichen.

Ziel des Insolvenzplans ist es, Unternehmen zu helfen, ihre Schulden abzutragen, während der Betrieb erhalten bleibt. Firmen sollten außerdem einen Anreiz erhalten, finanzielle Schieflagen früher anzumelden, damit Insolvenzexperten bessere Möglichkeiten haben, rechtzeitig einzugreifen. Mit einem Insolvenzplan ist dem Rechtsträger die Möglichkeit gegeben, die bisherige Gesellschafterstruktur beizubehalten und Sanierungen auch gegen den Widerstand einzelner Gläubiger durchzusetzen. Dabei bietet das Verfahren nicht nur für Schuldner Vorteile: Ziel war auch das Erreichen einer besseren Gläubigerbefriedigung im Insolvenzfall. So sind zum einen die Befriedigungsquoten im Plan-

verfahren durchschnittlich um ein vielfaches höher als im „normalen“ Regelverfahren (bei ungesicherten Forderungen ca. 20 Prozent gegenüber drei bis fünf Prozent), zum anderen erhalten Gläubiger ihr Geld oftmals innerhalb weniger Monate und nicht erst nach Jahren.

Nach teilweiser scharfer Kritik an diesem Verfahren und einer zunächst sehr geringen Akzeptanz und Bekanntheit in den ersten Jahren – auch begründet im mangelnden Know-how vieler Insolvenzverwalter – beginnt sich der Insolvenzplan als ein Sanierungsinstrument in jüngster Zeit langsam durchzusetzen. Gleichwohl kommt das Reorganisationsverfahren derzeit erst bei rund zwei Prozent der angeschlagenen Unternehmen zum Tragen – der Gesetzgeber hatte ursprünglich eine weit höhere Quote erwartet. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Zum einen setzt das Verfahren einen Sanierungskandidaten voraus, der noch handlungsfähig ist – viele mittelständische Krisenunternehmen aber warten zu lange mit diesem Schritt. Zum zweiten ist die Aufstellung eines Insolvenzplans aufwendig und die Verständigung mit den Gläubigern arbeitsintensiv. Doch der Insolvenzplan bedarf der Zustimmung der Gläubiger und zuletzt auch der Insolvenzrichter. Für sie ist es aber schwer, ein genaues Urteil über die Zukunftsfähigkeit des Plans in der Kürze der Zeit zu erreichen. Aus diesem Grund wird in der Praxis häufig die übertragene Sanierung im Regelverfahren angewandt.

Das Planverfahren ist zwar arbeitsaufwendig, aber erfolgversprechend. So können Gläubiger etwa mit einfacher Mehrheit ein Sanierungskonzept beschließen. Ebenso entscheidet die Gläubigerversammlung über die Annahme des Insolvenzplans. Das Insolvenzplanverfahren wird nicht nur von sehr großen Unternehmen genutzt (zu den prominentesten zählen Herlitz, Babcock-Borsig, IhrPlatz, SinnLeffers), sondern eignet sich auch für kleine und mittlere inhabergeführte Betriebe – ein zentrales Anliegen der damaligen Reform. Rund 70 Prozent der Unternehmen, die eine planbasierte Sanierung versuchen, beschäftigen höchstens 5 Mitarbeiter. Allerdings macht diese Grup-

pe im gesamten Insolvenzgeschehen einen Anteil von fast 82 Prozent aus.

Neben den höheren Gläubigerbefriedigungsquoten und der verkürzten Verfahrensdauer lässt sich anhand des Kriteriums Arbeitsplatzsicherung ein weiterer positiver Effekt der Planverfahren ausmachen. Seit dem Jahr 2003 waren schätzungsweise rund 30.000 Arbeitnehmer in Deutschland vom Insolvenzplanverfahren ihres Arbeitgebers betroffen. Gut die Hälfte dieser Stellen (57 Prozent) dürfte im Zuge des Sanierungsinstrumentes bislang erhalten geblieben sein – mit positiven Auswirkungen für Steuereinnahmen und die sozialen Sicherungssysteme. Etwa jedes zweite Unternehmen, das ein Insolvenzplanverfahren begonnen hatte, ist mittlerweile aber aus den Registern gelöscht worden, weil es liquidiert bzw. übernommen wurde oder die Geschäftstätigkeit aus anderen Gründen einstellen musste.

Tab. 15: Entwicklung der Zahl der Unternehmensinsolvenzen und der Insolvenzpläne

Jahr	Unternehmen mit Insolvenzplan	davon gelöscht, aufgelöst oder übernommen *) (Anteil in Prozent)	Unternehmensinsolvenzen	Insolvenzplanquote (in Prozent)
1999	24	-	26.620	0,09
2000	56	-	27.930	0,20
2001	79	-	32.390	0,24
2002	121	-	37.620	0,32
2003	103	48,0	39.470	0,26
2004	143	48,1	39.270	0,36
2005	349	49,9	36.850	0,95
2006	468	47,3	34.040	1,37
2007	512	49,5	29.150	1,76
2008 **)	640	46,2	29.580	2,16

*) Stand November 2008; **) Schätzung
Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank (bis 2002 Insolvenzgerichte)

Eigenverwaltung

In Rahmen der Insolvenzrechtsreform im Jahr 1999 hat der Gesetzgeber einige weitere wichtige Änderungen der Insolvenzordnung vorgenommen, u. a. die Einführung der Eigenverwaltung, wie sie derzeit bei der Rettung Arcandors durchgeführt wird. Diese Ände-

rung hat zum Ziel, die Insolvenz möglichst früh zu beantragen, um die Erfolgschancen für eine Sanierung zu erhöhen. Das Besondere: Im Fall der Eigenverwaltung hält die bisherige Geschäftsführung die Zügel weiter in der Hand, allerdings unter der Leitung des Sachverwalters, der das Vertrauen von Schuldner und Gläubiger genießt. Vorteil: Die Erfahrungen der bisherigen Geschäftsleitung können in die Sanierung eingebracht werden und ein erfahrener und neutraler Insolvenzverwalter leitet das in Schieflage geratene Unternehmen. Ein Verfahren in Eigenverwaltung kann mit einem Insolvenzplan kombiniert werden. Bei Arcandor, IhrPlatz und SinnLeffers kam ein solches bisher nur selten durchgeführte Insolvenzplanverfahren in Eigenregie zum Einsatz.

Stimmt auch das Gericht nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens der Eigenverwaltung zu, bestellt es einen Sachverwalter anstelle des Insolvenzverwalters, der dann die Aufsicht über das Unternehmen übernimmt und vorrangig die Gläubigerinteressen vertritt. Der Generalbevollmächtigte soll im Insolvenzplanverfahren die Sanierung vorantreiben. Im Falle Arcandor beispielsweise prüft der Generalbevollmächtigte die Beantragung eines Massekredits, der kurz vor oder nach der Insolvenz eingeräumt werden kann, um dem Unternehmen kurzfristig Liquidität zu verschaffen. Das Verfahren in Eigenregie benötigt aber starke Gläubiger, die dem Management das nötige Vertrauen aussprechen, auch wenn es sich möglicherweise selbst in die finanzielle Schieflage gebracht hat.

Fazit

Trotz der in jüngster Zeit vermehrten Anwendung bleiben Sanierungen nach einem Planverfahren weiterhin hinter dem Potenzial zurück. Gleichwohl konnte das seit knapp zehn Jahren existierende Instrument schon zahlreiche Erfolge vorweisen. In Zukunft dürften Insolvenzpläne als Sanierungsinstrument weiter an Bedeutung gewinnen. Gerade Unternehmen, deren Kerngeschäft profitabel ist und die aufgrund des Versagens der Kreditmärkte in Schieflage geraten sind, könnten vom Planverfahren als sinnvolle Alternative zur Regelinsolvenz profitieren.

Neuer Überschuldungsbegriff

Ebenso hat die große Koalition im Oktober vergangenen Jahres den Begriff der Überschuldung in der Insolvenzordnung neu definiert. Überschuldung liegt demnach vor, wenn das Vermögen des Schuldners die bestehenden Verbindlichkeiten nicht mehr deckt, es sei denn, die Fortführung des Unternehmens ist nach den Umständen überwiegend wahrscheinlich. Beispielsweise, wenn ein Folgeauftrag in absehbarer Zeit im Unternehmen eingehen wird. Unabhängig von der bilanziellen Situation des Unternehmens reduziert sich damit die Frage der Insolvenzantragspflicht auf die Zahlungsfähigkeit, also Liquidität. Insolvenzexperten warnen davor, dass damit Tür und Tor geöffnet wird, mit der Einreichung des Insolvenzantrages so lange zu warten, bis die letzten Reserven des Unternehmens verbraucht sind. Justizministerin Zypries weist solche Vorwürfe zurück: Eine „belastbare Liquiditätsplanung“ sei weiterhin erforderlich und eine nur bilanzielle Überschuldung wirke weiterhin als „Alarmsignal“. Der neue Überschuldungsbegriff gilt befristet bis 31. Dezember 2010.

■ 2 **Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen**

2.1 **Gründungsbilanz**

Die tiefe Rezession hat das Gründungsgeschehen bisher nicht negativ belastet. Im ersten Halbjahr 2009 wurden gut elf Prozent mehr Unternehmen gegründet, die eine echte wirtschaftliche Aktivität entfalten. Von Januar bis Juni ließen sich 89.400 Unternehmen neu in die Register eintragen, deren Größe, Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lässt. Im ersten Halbjahr 2008 lag diese Zahl bei 80.200.

Insgesamt wurden 443.100 Anmeldungen im Gewerbe- und Handelsregister vorgenommen – ein Plus von vier Prozent gegenüber dem Vorjahr. Allerdings entfällt ein gewichtiger Teil (48,5 Prozent) der Anmeldungen auf Gewerbeanzeigen, die etwa bei Nebenerwerbsgründungen sowie u. a. bei Rechtsformwechsel, Erb-

Wirtschaftskrise belastet Gründungszahlen nicht

folge oder Umzug eines bereits bestehenden Unternehmens vorgenommen werden.

**Tab. 16: Gründungsbilanz im 1. Halbjahr 2009 *)
für Deutschland**

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Löschun- gen	Veränd. in Prozent
Gewerberegister	403.900 (384.700)	+ 5,0	378.920 (332.400)	+ 14,0
Handelsregister	39.200 (41.300)	- 5,1	28.880 (33.700)	- 14,3
Gesamt	443.100 (426.000)	+ 4,0	407.800 (366.100)	+ 11,4
<i>davon wirt- schaftsaktive Unternehmen</i>	<i>89.400</i> <i>(80.200)</i>	<i>+ 11,5</i>	<i>81.500</i> <i>(74.300)</i>	<i>+ 9,7</i>
Saldo	+ 35.300 (+ 59.900)	- 41,1		

*) Creditreform Schätzung; () = Vorjahresangaben

Trotz des Anstiegs der Zahl der wirtschaftsaktiven Neugründungen sind die Handelsregisterneueintragungen rückläufig (minus 5,1 Prozent). Das klingt paradox, aber kleinere Gründungsprojekte sowie Gründungen in den freien Berufen und im Nebenerwerb werden im Handelsregister nicht erfasst. Auch die steigende Arbeitslosigkeit als ein wichtiger Push-Faktor für das Gründungsgeschehen der vergangenen Jahre hat zuletzt wieder an Einfluss gewonnen. Der Schritt in die Selbstständigkeit dürfte wieder eine Alternative zur Arbeitslosigkeit oder den mangelnden Perspektiven eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses sein. Gleichwohl sind in vielen Wirtschaftszweigen die Bedingungen für Unternehmensgründer im Zuge des wirtschaftlichen Einbruchs nicht einfacher geworden. Verschärfungen beim Zugang zu finanziellen Mitteln und steigende Risiken stellen viele der aktuellen Neugründungen künftig vor große Herausforderungen.

Im ersten Halbjahr 2009 wurden 407.800 Löschungen aus den Registern vorgenommen. Im Vorjahreszeitraum hatten 366.100 Existenzen ihre Geschäftstätigkeit aufgegeben. Ein Teil dieses Anstiegs um 11,4 Prozent ist den steigenden Insolvenzzahlen geschuldet. Vor allem kleinere insolvente Unternehmen wer-

Löschungen nehmen zu

den nicht fortgeführt und liquidiert. Aber auch die insgesamt deutlich verschlechterten gesamtwirtschaftlichen Bedingungen zwangen viele Kleingewerbetreibende und Nebenerwerbsunternehmer zur mehr oder weniger freiwilligen Aufgabe.

Tab. 17: Neugründungen und Löschungen in Deutschland von 2000 bis 2009 (jeweils 1. Halbjahr)

■	Neugründungen	Löschungen
2000	409.700	351.600
2001	415.400	377.400
2002	384.000	329.000
2003	386.000	326.000
2004	468.100	334.000
2005	464.200	364.100
2006	462.800	357.000
2007	441.600	361.000
2008	426.000	366.100
2009 *)	443.100	407.800

*) von Creditreform geschätzt

**Arbeitsmarkt pusht –
Finanzierung bremst
Gründungsgeschehen**

Für eine Fortsetzung des Anstiegs der Gründungszahlen spricht die Push-Wirkung der steigenden Arbeitslosigkeit auf das Gründungsgeschehen. In den kommenden Monaten ist mit einem deutlichen Zuwachs der Arbeitslosenzahlen zu rechnen. So rechnen die wichtigsten Wirtschaftsforschungsinstitute mit bis zu 5 Mio. Erwerbslosen bis zum Jahr 2010. Fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten und die Unsicherheit über den Erhalt des Arbeitsplatzes hatten während der letzten Rezession die zurückhaltende Gründungsneigung der Deutschen angetrieben. Das könnte sich in den nächsten Monaten wiederholen. Allerdings stehen solch großzügige arbeitsmarktpolitische Instrumente wie zu Zeiten des Ich-AG-Gründungsbooms derzeit nicht zur Verfügung. Gleichwohl wird die Förderung von Gründungsprojekten politisch stark forciert.

Gegen einen deutlichen Anstieg der Gründungszahlen sprechen die schlechten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die für Gründer alles andere als günstig sind. Der schwierige Finanzmittelzugang, eine schwache Exportnachfrage und ein hoher Grad an

Unsicherheit über die künftige wirtschaftliche Entwicklung dürften sich negativ auf das Gründungsgeschehen insgesamt auswirken. Gründungsprojekte, die sich auf den Binnenmarkt fokussieren (wie im Dienstleistungs- und Baubereich), bieten derzeit aber etwas stabilere Marktbedingungen. Abzuwarten bleiben die Auswirkungen der GmbH-Rechtsreform, deren erklärtes Ziel die schnelle und unkomplizierte Umsetzung einer Geschäftsidee ist. Insbesondere die haftungsbeschränkte und zunächst ohne Mindestkapital auskommende Unternehmergesellschaft (UG) könnte Existenzgründern den Einstieg in die Selbstständigkeit vereinfachen.

2.2 Neueintragungen nach Bundesländern

Die mit Abstand höchste Gründungsintensität in Deutschland verzeichnen die Bundeshauptstadt Berlin und das umgrenzende Land Brandenburg. In der größten Stadt Deutschlands ließen sich in den ersten sechs Monaten 422 Firmen je 10.000 Bestandsunternehmen neu in das Handelsregister eintragen, in Brandenburg waren es sogar 427. Über dem bundesweiten Durchschnitt von 308 liegen auch die Hansestädte Hamburg (374) und Bremen (342) sowie die großen Flächenländer Bayern (323) und Nordrhein-Westfalen (320). Die wenigsten Handelsregisterneugründungen pro 10.000 Unternehmen gibt es im Moment im Saarland (194). Hier erreicht die Gründungsintensität weniger als die Hälfte des besten Wertes.

Gründungsboom in und um Berlin

**Tab. 18: Handelsregisterneueintragungen je 10.000
HR-Unternehmen nach Bundesländern im 1. Hj. 2009**

■	Neueintragungen
Brandenburg	427
Berlin	422
Hamburg	374
Bremen	342
Bayern	323
Nordrhein-Westfalen	320
Thüringen	313
Niedersachsen	307
Schleswig-Holstein	298
Hessen	296
Mecklenburg-Vorpommern	274
Sachsen	267
Sachsen-Anhalt	255
Rheinland-Pfalz	246
Baden-Württemberg	240
Saarland	194
Deutschland	308

Betrachtet man die Neugründungen nach Bundesländern in absoluten Zahlen, liegen traditionell die großen und wirtschaftsstarken Flächenländer wie Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg vorne. So wurden in den ersten sechs Monaten 2009 allein in Nordrhein-Westfalen fast 9.300 Unternehmen neu in das Handelsregister aufgenommen. Das sind knapp ein Viertel aller Handelsregisterneueintragungen in der Bundesrepublik. Die geringste Zahl an Unternehmensgründungen weist das Saarland auf (270).

Tab. 19: Handelsregisterneueintragungen und -löschungen nach Bundesländern für das 1. Halbjahr 2009 *)

■	Neueintragungen	Löschungen	Saldo
Nordrhein-Westfalen	9.300	6.560	+ 2.740
Bayern	7.030	4.450	+ 2.580
Baden-Württemberg	3.820	3.560	+ 260
Niedersachsen	3.610	2.380	+ 1.230
Hessen	3.220	2.500	+ 720
Berlin	2.430	1.310	+ 1.120
Hamburg	2.120	1.280	+ 840
Schleswig-Holstein	1.490	1.000	+ 490
Rheinland-Pfalz	1.300	1.060	+ 240
Sachsen	1.180	1.360	- 180
Brandenburg	1.140	470	+ 670
Thüringen	750	850	- 100
Sachsen-Anhalt	630	840	- 210
Mecklenburg-Vorpommern	510	400	+ 110
Bremen	470	520	- 50
Saarland	270	340	- 70
Deutschland	39.270	28.880	+ 10.440

*) Creditreform Datenbank

In den ersten sechs Monaten wurden deutschlandweit 28.880 Löschungen aus dem Handelsregister vorgenommen. Trotz des rasanten Unternehmenssterbens aufgrund der Wirtschaftskrise wächst in vielen Bundesländern der Unternehmensbestand weiter. So kamen im ersten Halbjahr per Saldo in Deutschland knapp 10.400 neue Unternehmen hinzu, deren Rechtsform auf eine echte wirtschaftliche Aktivität schließen lässt. Den per Saldo größten Zuwachs gab es in NRW (plus 2.740) und Bayern (plus 2.580). Auch in Niedersachsen und Berlin wuchs der Grundstock an Handelsregisterunternehmen um mehr als tausend Betriebe. Ein leichtes Minus mussten Bremen und das Saarland hinnehmen. In Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen fiel das Minus leicht dreistellig aus. Dieses Resultat könnte allerdings mit unterschiedlichen Erhebungszeitpunkten und der Einbeziehung von bereits angekündigten, aber noch nicht vollzogenen Löschun-

gen zusammenhängen und sollte deshalb nicht überbewertet werden.

2.3 Neueintragungen in den Wirtschaftsbereichen

Tab. 20: Handelsregister-Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2009 *)

■	absolut	%-Anteil
Bergbau. u. Gewinn. v. Steinen u. Erden	320	0,8
Verarbeitendes Gewerbe	2.340	6,0
Energie- u. Wasserversorgung	790	2,0
Baugewerbe	2.650	6,7
Kfz-Handel	770	2,0
Großhandel	2.820	7,2
Einzelhandel	2.540	6,5
Gastgewerbe	1.240	3,2
Verkehr u. Logistik	1.260	3,2
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	1.570	4,0
Grundstücks- u. Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen	2.630	6,7
Datenverarbeitung, Forschung und Entwicklung	1.800	4,6
unternehmensnahe Dienstleistungen (Beratung, Werbung, Gebäudereiniger etc.)	13.010	33,1
sonstige persönliche Dienstleistungen (Wäscherei, Frisöre, Bestattungswesen etc.)	3.500	8,9
Sonstige und o. A. des Wirtschaftszweigs	2.030	5,2
Gesamt	39.270	100,1

*) Creditreform Datenbank.

Trend zur Dienstleistung setzt sich fort

Die deutsche Wirtschaft entwickelt sich immer mehr zum Dienstleistungsstandort: Jede dritte Firma (33,1 Prozent), die sich im ersten Halbjahr 2009 in das Handelsregister eintragen ließ, ist ein unternehmensnahe Dienstleister aus Bereichen wie Unternehmens- und Steuerberatung, Gebäudereinigung, Wachdienst oder Personalvermittlung. Weitere 8,9 Prozent der Neugründungen stammen aus dem Bereich der personenbezogenen Dienste. Lediglich sechs Prozent der Neu-

eintragungen (2.340 Fälle) sind dem Verarbeitenden Gewerbe zuzurechnen, 6,7 Prozent dem Baugewerbe. Auf Groß- und Einzelhändler entfielen im ersten Halbjahr 7,2 bzw. 6,5 Prozent aller Handelsregisterneueintragungen. Das Gründungsgeschehen im Primärsektor und der Landwirtschaft ist mit 0,8 Prozent aller HR-Gründungen nahezu vernachlässigbar.

2.3.1 Beschäftigungsbeitrag von Neugründungen

Empirische Studien zeigen, dass gerade junge Firmen – sofern sie überleben – schneller wachsen als etablierte Unternehmen und überproportional viele Arbeitsplätze schaffen. Anders als durch die bloße Gewerbeanzeigenstatistik, lässt sich mittels der Eingrenzung auf wirtschaftsaktive Unternehmen der Beschäftigungsbeitrag der neu entstandenen Betriebe erfassen.

Nach wie vor entstehen die meisten wirtschaftsaktiven Unternehmen im Dienstleistungssektor. 57.600 Betriebe sind in den vergangenen sechs Monaten neu hinzugekommen. Auch das Verarbeitende Gewerbe trägt mit 9.300 Unternehmen zum Gründungsgeschehen bei. Aus diesem Wirtschaftsbereich gingen sogar deutlich mehr Unternehmen als im Vorjahreszeitraum an den Start und entfalteten wirtschaftliche Aktivität.

„Wirtschaftsaktive“ sorgen für 220.000 neue Stellen

Tab. 21: Wirtschaftsaktive Neugründungen in Deutschland im 1. Halbjahr 2009 *)

■	wirtschaftsaktive Neugründungen (absolut)
Verarbeitendes Gewerbe	9.300 (6.900)
Baugewerbe	7.300 (7.500)
Handel	15.200 (15.800)
Dienstleistungen	57.600 (50.000)
Gesamt	89.400 (80.200)

*) von Creditreform geschätzt; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform Datenbank

Anmerkung:

Zur Entscheidung, ob es sich bei einer Gründung – zumindest nach einiger Zeit – um ein wirtschaftsaktives Unternehmen handelt, wird hier darauf abgestellt, ob eine Wirtschaftsauskunft über die betroffene Grün-

derung eingeholt worden ist – sei es von einem Kapitalgeber oder Lieferanten – oder, ob Arbeitsplätze geschaffen wurden. Wenigstens eines dieser Kriterien muss erfüllt sein.

Die durch Neugründungen entstehenden Beschäftigungseffekte lassen sich quantifizieren, indem man die Anzahl neuer, wirtschaftsaktiver Unternehmen mit der Zahl durchschnittlich geschaffener Arbeitsplätze multipliziert. So beläuft sich die Anzahl der durch Unternehmensgründungen neu entstandenen Arbeitsplätze im ersten Halbjahr 2009 auf rund 222.000. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es knapp 200.000.

Die Zahl der pro Gründung neu geschaffenen Arbeitsplätze unterscheidet sich in den einzelnen Wirtschaftsbereichen deutlich. So entstehen in der Industrie pro Neugründung ca. fünf Beschäftigungsverhältnisse. Im Dienstleistungsbereich sind es lediglich zwei. Allerdings verzeichnet der Dienstleistungssektor die höchste absolute Zahl an neuen Arbeitsplätzen. Auf diesen Wirtschaftszweig entfällt rund die Hälfte der neu entstandenen Stellen. Mehr Arbeitsplätze als zuletzt dürften vor allem von Gründungen des Verarbeitenden Gewerbes geschaffen worden sein. Dagegen führte die über viele Jahre schwache Binnenkonjunktur dazu, dass Neugründungen aus den Wirtschaftsbereichen Bau und Handel kaum mehr Stellen geschaffen haben als vor Jahresfrist.

Tab. 22: Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten bei den produktiven Neugründungen im 1. Halbjahr 2009

■	
Verarbeitendes Gewerbe	5
Baugewerbe	3
Handel	2,5
Dienstleistungen	2

Quelle: Creditreform Datenbank; Creditreform Berechnungen.

Tab. 23: Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze durch wirtschaftsaktive Betriebe im 1. Halbjahr 2009 *)

■	Zahl der Beschäftigten	
	Verarb. Gewerbe	5 x 9.300
Baugewerbe	3 x 7.300	21.900 (22.500)
Handel	2,5 x 15.200	38.000 (39.500)
Dienstleistungen	2 x 57.600	115.200 (100.000)
Gesamt		221.600 (196.500)

*) von Creditreform geschätzt; Angaben teilweise gerundet; () = Vorjahr
Quelle: Creditreform Datenbank

2.3.2 Das branchenspezifische Gründungsklima

Unternehmensdienstleister finden im ersten Halbjahr 2009 die besten Bedingungen für Unternehmensgründungen vor. Gute Startbedingungen gibt es auch für Gründungsprojekte im Bereich der personenbezogenen Dienste. Auf einer Bewertungsskala von 0 bis 10 erhalten die Wirtschaftszweige eine Punktzahl von 7,6 bzw. 6,6. Dabei sind es vor allem die vergleichsweise günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen, die das Gründungsklima für Dienstleister positiv beeinflussen. Hinzu kommen typischerweise niedrige Einstiegschürden. Allerdings ist das Insolvenzrisiko bei den personenbezogenen Diensten merklich höher – daher sind hier Abstriche bei den Gründungsbedingungen hinzunehmen. Aufgrund der stabilen Binnenkonjunktur sind die Startbedingungen für neue Unternehmen im Einzelhandel sowie im Baugewerbe momentan ebenfalls gut. Die Finanzierungsbedingungen bleiben für alle Unternehmensgründer aber schwierig.

Gute Gründungsbedingungen für Dienstleister

Am schlechtesten wird das derzeitige Gründungsklima im Verkehrs- und Logistiksektor beurteilt. Hohe Ausfallraten und die tiefe Rezession belasten die Bedingungen für Neugründer in diesem Wirtschaftssegment stark. Einzig die Marktzugangshürden sind im Logistikgewerbe vergleichsweise niedrig, was sich in einem geringen Kapitalbedarf für Gründer und hohen Fluktuationsraten widerspiegelt.

Tab. 24: Branchenspezifisches Gründungsklima ausgewählter Wirtschaftsbereiche im 1. Halbjahr 2009 *)

■	unternehmensnahe Dienstleister	personenbez. Dienstleistungen	Großhandel	Einzelhandel	Baugewerbe	Metall- und Elektro	Verkehr und Logistik
Gründungsklima	7,6	6,6	6,1	5,4	5,2	5,0	3,2
Einflussfaktoren							
Branchenkonjunktur	10,0	9,0	5,0	6,0	8,0	3,0	0,0
Insolvenzrisiko	8,8	3,5	3,8	5,0	1,8	8,3	1,5
Finanzierungsbedingungen	4,0	3,0	6,7	4,0	3,0	6,7	3,0
Marktzugangsbedingungen	8,0	8,7	6,0	6,0	6,3	3,7	6,4

*) Creditreform Berechnungen.

Bewertungsskala: 10 = sehr gute Bedingungen für Unternehmensgründer; 0 = sehr schlechte Bedingungen für Unternehmensgründer.

Verschärfter Finanzmittelzugang trübt Gründungsklima

Die Bedingungen für die Neugründung eines Unternehmens werden anhand von vier Einflussfaktoren – Branchenkonjunktur, Finanzierungs- und Marktzugangsbedingungen sowie Insolvenzrisiko – erfasst und branchenspezifisch untersucht. Mittels dieser Einflussgrößen lässt sich darauf schließen, in welchen Branchen das Gründungsklima und damit die Chancen für Neugründer zurzeit am besten sind. Dabei ist das branchenspezifische Gründungsklima wesentlich für die Höhe der Gründungsquote – das heißt, die Anzahl der Neugründungen pro 10.000 Bestandsunternehmen. Mit anderen Worten: Ein aktives Gründungsgeschehen deutet auf ein gutes Gründungsklima in der betreffenden Branche hin.

Die hohe Gründungsintensität (Unternehmensgründungen je 10.000 bestehende Unternehmen) im Dienstleistungssektor spiegelt die dort herrschenden guten branchenspezifischen Bedingungen für junge Unternehmen wider. Die traditionell hohen Gründungsquoten im Dienstleistungsbereich sind Ausdruck

der niedrigen Markteintrittsschranken und des geringen Kapitalbedarfs für Gründer.

Erläuterungen:

Das Gründungsgeschehen in der Bundesrepublik wird anhand der Gewerbemeldungen und der Handelsregistereintragungen abgebildet. Dabei gilt als Gewerbe jede (erlaubte) selbstständige Tätigkeit, die langfristig ausgelegt ist und der Gewinnerzielung dient. Das Gewerberegister erfasst im Gegensatz zum Handelsregister, das ein Unternehmensregister ist, natürliche und juristische Personen sowie Personengesellschaften. So werden Kleinunternehmen (Nicht-Kaufmann) nicht im Handelsregister, wohl aber im Gewerberegister als Gewerbetreibende eingetragen, selbst wenn diese Person keine Handwerkskarte besitzt und keinen Arbeitnehmer beschäftigt. Maßgeblich ist hierbei lediglich die Gewerbeanzeige, die zudem für jeden geschäftsführenden Gesellschafter getrennt abgegeben werden muss. Im Fall einer Personengesellschaft kommt es somit zur sogenannten Team-Gründer-Problematik.

Als Anmeldung gilt der Beginn des Gewerbebetriebs, sei es selbstständiger Art oder als Zweigniederlassung. Ebenfalls gilt die Anzeigepflicht, wenn der Betrieb verlegt oder aufgegeben wird bzw. wenn der Gegenstand des Gewerbes wechselt. Die Anmeldung eines Gewerbes erfolgt im Wesentlichen bei Neugründung, Wiedereröffnung nach Sitzverlegung, Wechsel der Rechtsform, Gesellschaftereintritt oder Übernahme durch Kauf bzw. Erbfolge. Neben den Vollerwerbsgründungen werden im Gewerberegister auch Nebenwerbsgründungen berücksichtigt. Nicht meldepflichtig und daher nicht in der Gewerbestatistik vertreten sind Freie Berufe, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie Versicherungen.

Ein Gewerbe wird abgemeldet bei vollständiger Aufgabe des Betriebs, Sitzverlegung in einen anderen Meldebezirk, Rechtsformänderung, Gesellschafteraustritt oder Verkauf bzw. Erbfolge. Infolge einer Sitzverlegung (Zuzug oder Fortzug) dürfte der Saldo aus An- und Abmeldung in den beteiligten Meldebezirken Null

ergeben. Das Gleiche gilt beim Wechsel der Rechtsform, dem Kauf bzw. Verkauf des Gewerbebetriebs.

Die Handelsregisterneueintragungen und -löschungen werden aus der Creditreform Wirtschaftsdatenbank gewonnen. Erfasst wird hierbei ein rechtlich selbstständiges Unternehmen, wobei ein solches einen oder mehrere Betriebsteile umfassen kann. Dabei kann es zu Mehrfacherfassungen und verzögerten Erfassungen kommen. Man kann davon ausgehen, dass bis zu zehn Prozent der Unternehmen zunächst mehrfach erfasst worden sind. Eine Berichtigung findet fortlaufend statt. Der Handelsregistereintrag erfolgt zum einen für Personengesellschaften, Einzelunternehmen (Einzelkaufleute), Offene Handelsgesellschaften (OHG) sowie Kommanditgesellschaften; zum anderen für Kapitalgesellschaften (AG, GmbH). Nicht im Handelsregister eingetragen werden dagegen Freie Berufe sowie Betriebe der Land- und Forstwirtschaft.

■ 3 Zusammenfassung

Die tiefe Rezession hat ein Firmensterben ausgelöst. In den ersten sechs Monaten des Jahres mussten 16.650 Unternehmen einen Insolvenzantrag stellen – gut 14 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (2008: 14.570 Fälle). Auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzen steigt. 50.350 Personen suchten im ersten Halbjahr 2009 die Insolvenzgerichte auf, um sich ihrer Schulden zu entledigen. Zum Vergleich: In den ersten sechs Monaten des Vorjahres wurden 48.420 Privatinsolvenzen gezählt. Insgesamt beläuft sich die Zahl der Insolvenzen im ersten Halbjahr 2009 – zu denen auch Insolvenzen ehemals Selbstständiger oder Nachlassinsolvenzen zählen – auf 81.850 Fälle (Vorjahr: 77.190).

Die Wirtschaftskrise dürfte auch in der zweiten Jahreshälfte die Insolvenzspirale in Bewegung halten. Finanzierungs- und Liquiditätsengpässe – gepaart mit einer sehr schlechten Auftragslage – und der zu erwartende kräftige Anstieg der Arbeitslosigkeit werden Unternehmen und Verbraucher gleichermaßen belasten.

In Ostdeutschland nahm die Zahl der Unternehmenspleiten stärker zu als im Westen der Republik. Während die Insolvenzmeldungen zwischen Rostock und Dresden um ein Fünftel auf 3.580 Fälle stiegen (Vorjahr: 2.980), legten die Insolvenzen im Westen lediglich um 12,8 Prozent auf 13.070 betroffene Unternehmen (Vorjahr: 11.590) zu. Ein wichtiger Grund hierfür: Die Unternehmen Ostdeutschlands weisen eine ungünstigere Kapitalstruktur mit knapperen Eigenkapitalquoten auf. Im gegenwärtigen schlechten Konjunktur- und Finanzumfeld sind sie in ihrer Stabilität stärker bedroht. Bei den Verbraucherinsolvenzen ist der Ost-West-Unterschied dagegen nicht so deutlich ausgeprägt. Im Osten gab es einen Zuwachs der Privatinsolvenzen um 4,7 Prozent auf 11.250 Fälle, in Westdeutschland um 3,8 Prozent auf 39.100 Fälle.

Deutliche Unterschiede in der Insolvenzentwicklung existieren in den Hauptwirtschaftsbereichen: Der starke Wachstumseinbruch schlägt sich insbesondere auf die Insolvenzstatistik des exportorientierten Verarbeitenden Gewerbes nieder. Die Zahl der Pleiten im Industriesektor steigt um 31,4 Prozent – im Westen Deutschlands sogar um knapp 36 Prozent. Die geringere Exportneigung der ostdeutschen Unternehmen bremst die Insolvenzwelle ein wenig. Trotz der milliardenschweren Konjunkturpakete für den Ausbau der Infrastruktur kommen diesen Hilfen für 2.680 deutsche Bauunternehmen zu spät. Allerdings ist das Baugewerbe im Gegensatz zu anderen Branchen bisher vergleichsweise glimpflich durch die Rezession gekommen. Die auf den Binnenmarkt fokussierte Baubranche verzeichnet einen Anstieg der Insolvenzzahlen um 7,6 Prozent – das geringste Plus aller Hauptwirtschaftszweige.

Auch der Groß- und Einzelhandel kommt nicht um einen Anstieg der Insolvenzzahlen herum: Binnen eines Jahres erhöhte sich die Zahl der Pleiten in diesem Wirtschaftssektor um 8,1 Prozent. Im Osten Deutschlands sind die Handelsunternehmen offenbar anfälliger für den Konjunkturunbruch. Hier gab es eine Zunahme um ein Neuntel (10,9 Prozent). Ein Grund: Vom Binnenmarkt kamen keine echten Wachstumsimpulse.

2009 ist durch viele Großpleiten und die Zusammenbrüche von namhaften Traditionsfirmen gekennzeichnet. Zwar setzt die Mehrzahl der insolventen Betriebe (61,5 Prozent) weniger als 500.000 Euro im Jahr um, gegenüber dem Vorjahr hat sich der Anteil von Kleinstunternehmen am Insolvenzgeschehen aber verringert (2008: 66,7 Prozent). Fast jeder dritte Insolvenzfall (32 Prozent) entfiel diesmal in die Umsatzkategorie bis 5 Millionen Euro Jahresumsatz – gut drei Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. 0,6 Prozent der zahlungsunfähigen Unternehmen (Vorjahr: 0,2 Prozent) machten gar mehr als 50 Mio. Euro Umsatz im Jahr.

Die Schäden durch Insolvenzen für die Volkswirtschaft belaufen sich im ersten Halbjahr 2009 auf 20,8 Milliarden Euro. Damit liegt das Schadensniveau deutliche 5,5 Milliarden Euro (+36 Prozent) höher als im Vergleichszeitraum 2008. 14,3 Milliarden Euro bleiben bei privaten Gläubigern voraussichtlich unbefriedigt, 6,5 Milliarden Euro wird die öffentliche Hand ausbuchern müssen.

Neben Forderungsausfällen für die Gläubiger bedeutet die Pleite des Arbeitgebers auch für die betroffenen Beschäftigten einen herben Einschnitt. Aufgrund der Vielzahl an Großinsolvenzen schnellte die Zahl der bedrohten Arbeitsplätze auf gut eine Viertelmillion (254.000) nach oben. Das sind deutliche 54,4 Prozent mehr als noch 2008 (164.500). Allein die fünf größten Insolvenzfälle des bisherigen Jahresverlaufs bedrohen mehr als 71.000 Stellen.

Die Liste großer Firmenzusammenbrüche ist lang geworden: Arcandor, Woolworth, Qimonda, Schiesser und Märklin heißen die prominentesten Vertreter. Beim Zusammenbruch von Arcandor, eine der größten Pleiten in der deutschen Nachkriegsgeschichte, sind nun 52.000 Arbeitsplätze bedroht. Das Unternehmen will eine Sanierung mittels eines Insolvenzplanverfahrens vornehmen.

Wohl am stärksten unter der weltweiten Rezession leiden die deutscher Automobilhersteller und die ge-

samte Zuliefererindustrie. Die herben Absatzrückgänge zwangen viele Unternehmen zu Kapazitätskappungen, Kurzarbeit und Stellenabbau. Die staatlichen Stützungsmaßnahmen – über die Nachfrageseite durch die Abwrackprämie, über die Angebotsseite durch Kredit und Bürgschaften – konnten bislang die Insolvenz eines Autoherstellers in Deutschland vermeiden. Den Zusammenbruch von rund 40 Automobilzulieferern konnte aber nicht verhindert werden. Rund 20.000 Arbeitsplätze sind allein bei den insolventen Zulieferern akut bedroht.

Auf das Gründungsgeschehen hatte die schwere wirtschaftliche Talfahrt bislang kaum negativen Einfluss. Insgesamt wurden im ersten Halbjahr 2009 443.100 Anmeldungen im Gewerbe- und Handelsregister vorgenommen. Vier Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Allerdings dürfte nur ein geringer Teil echte wirtschaftliche Bedeutung entfalten: 89.400 Unternehmensgründungen (Vorjahr: 80.200) können als wirtschaftsaktiv bezeichnet werden, da sie bereits Arbeitsplätze geschaffen haben bzw. in Geschäftsbeziehungen getreten sind.

In den ersten sechs Monaten des Jahres ist ein deutlicher Anstieg der Löschungen zu verzeichnen. 407.800 Abmeldungen wurden vorgenommen, nachdem im Vorjahreszeitraum lediglich 366.100 Existenzen ihre Geschäftstätigkeit einstellten. Ein Teil des Anstiegs um 11,4 Prozent ist den steigenden Insolvenzzahlen geschuldet. Vor allem kleinere Unternehmen werden in der Insolvenz nicht fortgeführt und liquidiert. Auch durch die insgesamt merklich verschlechterten konjunkturellen Rahmenbedingungen waren viele Kleingewerbetreibende und Nebenerwerbsunternehmer zu einer mehr oder weniger freiwilligen Aufgabe gezwungen. Die voraussichtlich stark steigende Arbeitslosigkeit könnte dem Gründungsgeschehen in den kommenden Monaten weiter Auftrieb geben. Ein Gründungsboom ist aber nicht zu erwarten.

Die mit Abstand höchste Gründungsintensität in Deutschland verzeichnen die Bundeshauptstadt Berlin und das umgrenzende Land Brandenburg. Auf 10.000

Bestandsunternehmen kamen im ersten Halbjahr in Brandenburg 427 und in Berlin 422 Neueintragungen. Über dem Deutschlandschnitt liegen auch die Hansestädte Hamburg (374) und Bremen (342). Im Saarland (194 Neueintragungen auf 10.000 Unternehmen) erreicht die Gründungsintensität weniger als die Hälfte des besten Wertes. Nach absoluten Gründungszahlen liegen die großen Flächenländer Nordrhein-Westfalen (9.300), Bayern (7.030) und Baden-Württemberg (3.770) vorn.

Neugründungen leisten bereits im ersten Jahr ihrer Existenz einen wichtigen Beschäftigungsbeitrag. So dürften im ersten Halbjahr 2009 knapp 222.000 Arbeitsplätze (Vorjahreszeitraum 196.500) in neu gegründeten Firmen entstanden sein – rund die Hälfte davon (115.200) im Dienstleistungssektor.

■ 4 **Anhang: Branchenspezifisches Gründungsklima**

Die Startbedingungen für Neugründer sind wesentlicher Bestimmungsgrund für die Gründungsintensität in einer Branche (Unternehmensgründungen je 10.000 Unternehmen). Dabei lassen sich vier wichtige Einflussfaktoren auf das branchenspezifische Gründungsklima identifizieren. Die aktuelle Konjunkturlage, die Finanzierungsbedingungen, die Höhe der Markteintrittsbarrieren und das Risiko, mit der Neugründung zu scheitern (Insolvenzrisiko). Mit unterschiedlichen Gewichtungen versehen, werden diese Einzelfaktoren anhand einer Punkteskala von 0 bis 10 Punkten bewertet und zu einem Gesamtscore zusammengefasst.

Die aktuelle Wirtschaftslage einer Branche wird mit Hilfe des Creditreform Geschäftsklimaindex abgebildet, der aus Unternehmensbefragungen ermittelt wird. Dazu werden die Beurteilungen der Unternehmen hinsichtlich Geschäftslage und -erwartungen zu einem Index verdichtet. Neben den Fremdkapitalkosten (Zinssätze für langfristige Kredite) beeinflussen auch Schwierigkeiten bei der Kapitalbeschaffung das Gründungsklima in einer Branche. Aus diesem Grund werden die Finanzierungsbedingungen als zweiter wesent-

licher Faktor für die Gründungsbedingungen identifiziert. Zwar haben viele Gründer lediglich einen Finanzierungsbedarf von wenigen tausend Euro (Mikrofinanzierung), allerdings muss dabei berücksichtigt werden, dass die überproportional hohe Gründungszahl im Dienstleistungssektor dieses Bild verzerrt. Zur Neugründung eines Unternehmens wird nach wie vor in vielen Fällen Startkapital benötigt, um betriebsnotwendige Vermögensgegenstände zu erwerben, anzumieten etc. Neben den langfristigen Kreditzinsen spielen branchenspezifische Variablen für die Finanzierungsbedingungen eine wichtige Rolle – so die Branchenbonität, die maßgeblich die Höhe der Fremdkapitalkosten mitbestimmt. Diese Kennzahl wird mittels des Creditreform Bonitätsindex gemessen.

Das hohe Risiko, mit einer Existenzgründung zu scheitern, hält viele potenzielle Gründer davon ab, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Die aktuelle Insolvenzquote in der Branche liefert wichtige Hinweise auf existierende Risiken für Neugründungen. So bildet der Creditreform Risiko Indikator (CRI) die Insolvenzanfälligkeit einer Branche ab. Weiterhin fließen Informationen zum Zahlungsverhalten aus dem Creditreform Zahlungserfahrungs-Pool (ZaC) und Befragungsergebnisse zum Kundenzahlungsverhalten mit in die Berechnung des branchenspezifischen Gründungsklimas ein.

Schließlich bestimmen strukturelle Marktzugangsbedingungen die Einfachheit oder Schwere eines Markteintritts. Falls hohe Hürden existieren, wird eine Neugründung eher ausbleiben. Solche Markteintrittsschranken sind beispielsweise der erforderliche Kapitalbedarf zur Finanzierung von betriebsnotwendigem Anlagevermögen. Als Annäherung an die Höhe dieses Kapitalbedarfs werden Bilanzdaten herangezogen, die Auskunft über das Produktivkapital eines Unternehmens geben. Bei kleineren Betrieben (bis maximal zehn Beschäftigten) lässt sich mittels der Höhe dieses Vermögens der wahrscheinliche Kapitalbedarf eines Branchenneulings abschätzen. Dabei wirkt ein hoher Kapitalbedarf als Markteintrittsbarriere und erschwert Gründungen. Zusätzlich verrät ein Blick auf die Alters-

struktur der Branche eventuell vorhandene Schwierigkeiten für junge Unternehmen beim Markteintritt. Ist der Anteil junger Betriebe in der Branche hoch, deutet das auf einen relativ einfachen Zugang in den Markt und eine aktuell vitale Gründungsintensität hin.

Branchenspezifisches Gründungsklima Frühjahr 2009

Einflussfaktoren	Ge- wich- tung	Gesamt- wirtschaft	Bauge- werbe	Chemie / Kunststoff	Einzel- handel	Groß- handel	Grund- stoffe	Konsum- güter	perso- nenbezo- gene DL	Metall / Elektro	unterneh- mensna- he DL	Verkehr / Logistik	
Gründungsklima		5,5	5,2	4,5	5,4	5,6	2,9	3,1	6,6	5,0	7,6	3,2	
Gründungsquote (Gründungen je 10.000 Unternehmen)			220	160	200	230	110	k.A.	510	130	370	240	
Konjunktur	Geschäftsklima		-11,6	-11,6	-25,3	-16,7	-20,4	-30,3	-29,4	-10,1	-25,9	+1,7	-35,7
	Konjunktur	0,25	7,0	8,0	4,0	6,0	5,0	1,0	2,0	9,0	3,0	10,0	0,0
Finanzierungs- bedingungen	durchschn. Bonität		261	263	245	258	259	254	250	262	253	262	264
	Gewichtungs- faktor		1,00	1,03	0,78	0,95	0,97	0,90	0,84	1,02	0,88	1,02	1,05
	gewichtete langfristige Zinsen (in %)		4,87	5,02	3,78	4,65	4,72	4,37	4,10	4,95	4,30	4,95	5,10
	Bewertung		4,0	1,0	10,0	6,0	5,0	7,0	9,0	3,0	8,0	2,0	0,0
	Finanzierungs- probleme (in % der Unternehmen)		17,1	15,8	25,0	28,4	13,0	19,4	17,0	19,2	19,1	15,2	13,7
	Bewertung		5,0	7,0	1,0	0,0	10,0	2,0	6,0	3,0	4,0	8,0	9,0
	Finanzierungs- bedingungen	0,25	4,3	3,0	7,0	4,0	6,7	5,3	8,0	3,0	6,7	4,0	3,0
Insolvenzrisiko	Insolvenzquote		2,26	3,01	1,44	2,61	2,37	1,92	2,03	2,63	1,76	1,74	3,93
	Bewertung		5,0	1,0	10,0	3,0	4,0	7,0	6,0	2,0	8,0	9,0	0,0
	Zahlungsverhalten der Kunden (Saldo gut/ schlecht)		32,2	27,2	27,2	33,3	26,7	29,3	25,9	23,1	33,8	41,4	31,6
	Bewertung		7,0	4,0	3,0	8,0	2,0	5,0	1,0	0,0	9,0	10,0	6,0
	Zahlungsverhalten der Branche (Überfällige Tage)		13,41	15,26	11,53	12,97	13,01	13,08	13,05	11,16	12,43	12,96	15,73
	Bewertung		2,0	1,0	9,0	6,0	5,0	3,0	4,0	10,0	8,0	7,0	0,0
	Insolvenzrisiko	0,15	4,8	1,8	8,0	5,0	3,8	5,5	4,3	3,5	8,3	8,8	1,5
Marktzugangs- bedingungen	Altersstruktur*		56,3	68,4	72,2	68,6	64,7	72,8	75,6	48,3	71,1	47,8	56,2
	Bewertung		7,0	5,0	2,0	4,0	6,0	1,0	0,0	9,0	3,0	10,0	8,0
	Finanzbedarf** (Tsd. €)		30,8	24,0	43,2	22,4	32,3	42,8	44,7	25,0	35,8	36,2	42,7
	Bewertung		7,0	9,0	1,0	10,0	6,0	2,0	0,0	8,0	5,0	4,0	3,0
Marktzugangs- bedingungen	0,35	5,7	6,3	1,7	6,0	6,0	1,3	0,0	8,7	3,7	8,0	6,4	

* Anteil der Unternehmen >=10 Jahre

** Schätzung anhand des Median des Anlagevermögens von kleinen Unternehmen (1-10 Beschäftigte und bis zu 2 Mio. Jahresumsatz).

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung

Leitung: Michael Bretz (Tel.: 02131/109-171)

Redaktion: Micaela Kiener-Stuck

(Tel.: 02131/109-229),

Dr. Hardy Gude (Tel.: 02131/109-172)

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2009, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 25. Juni 2009

